DAS DENKNETZ

NR. 002
OKT 2017

RÉSEAU DE RÉFLEXION PENSIERI IN RETE

www.zersetzer.com |||| freie grafik

Technisierte Gesellschaft

Thema des neuen Denknetz-Jahrbuchs ist der Hype um die Digitale Revolution. Zwanzig AutorInnen beschäftigen sich mit einem Technologieschub, der scheinbar unaufhaltsam über die Gesellschaften hereinbricht. Seite 8

Denknetz für die Bedingungslose Grundsicherung

Sozialhilfe, Invalidenrente und Ergänzungsleistungen stehen von rechts unter Dauerdruck. Mehr und mehr Betroffene geraten in eine Abwärtsspirale von Armut, Krankheit, sozialer Isolation und psychischen Problemen. Gegensteuer tut not. Die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik bringt eine Bedingungslose Grundsicherung ins Spiel. Seite 26

Bio-Salat und Chemo-Gurke

In der neuen Rubrik «Zurechtrücken» nehmen wir absurde Begriffe und Denkfiguren aufs Korn. Folge 1: Wie heisst schon wieder der Salat, der nicht Bio ist? Müssten die Läden, wenn sie die Dinge beim Namen nennen, nicht die Bezeichnungen Chemo-Salat, Fungizid-Rüebli, Ausbeutungs-Jeans und Obsoleszenz-Waschmaschine einführen? Seite 25

Denknetz-Tagung 10./11. November in Bern

100 Jahre Russische Revolution

Am 24. Oktober 2017 jährt sich zum hundertsten Mal ein Ereignis, das wie kein zweites die globale Konstellation des 20. Jahrhunderts prägte. Die russischen RevolutionärInnen waren 1917 mit dem Versprechen angetreten, die Menschheit einen wesentlichen Schritt weiterzubringen. Der Stalinismus allerdings hat allen emanzipatorischen Bemühungen einen grauenvollen Rückschlag versetzt. Das Jahr 2017 soll und muss deshalb Anlass zu einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion und deren Folgen sein. Deshalb organisiert das Denknetz am 10./11. November 2017 in Bern die Tagung *Demokratie und Sozialismus: 100 Jahre Russische Revolution.*

Tagung 100 Jahre Russische Revolution
Freitag | 11. November 2017 | 18:30h bis
Samstag | 12. November 2017 | 16:45h | Bern | Hotel Bern
Jetzt per Mail anmelden unter Angabe von Name und Postadresse
tagung@denknetz.ch

Seite 3

Umstrittene Initiative

Vollgeld: Voll gut?

Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie hat sich ausführlich mit der Vollgeld-Initiative befasst, die demnächst im Parlament beraten wird. Sie kommt zum Schluss, dass die Initiative eine kritische Unterstützung verdient. Dies gilt allerdings nicht für manche Theorien, die hinter dem Vollgeld-Konzept stehen.

Seite 10

EDITORIAL

Dialog

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten die zweite Nummer der Denknetz-Zeitung in den Händen und wir freuen uns, Sie darin auf unsere Tagung im November aufmerksam zu machen. 100 Jahre nach der Russischen Revolution fragen wir, was die damaligen Ereignisse uns heute noch angehen und was wir daraus lernen sollten. Unsere Gäste werden auf die Geschichte blicken, auch das Grauen des stalinistischen Terrors nicht auslassen, und zusammen mit den Teilnehmenden die Frage diskutieren, wo wir daraus heute Orientierungen finden können für eine emanzipatorische Politik.

Im Vorfeld unserer Tagung hat sich eine Kontroverse um den Soziologen Boris Kagarlitzky entwickelt, den wir als Referenten und Mit-Diskutierenden eingeladen haben. Kritisiert werden unter anderem dessen Stellungnahmen zu den Krisen in der Ukraine oder auf der Krim. Ein Beitrag dazu erschien im August in der WOZ.

Natürlich sind wir den Vorwürfen nachgegangen. Unterschiedliche Quellen haben uns bestätigt, dass gewisse seiner Stellungnahmen tatsächlich problematisch sind. Darüber hinaus haben sie vor allem auf die Komplexität der Situation hingewiesen und aufgezeigt, wie sehr die Krim und die Ukraine die russische Gesellschaft und auch die russische Linke spalten. Dies macht für uns den Dialog mit russischen ExponentInnen sehr schwierig und ist auch eine enorme Herausforderung für differenzierte Stellungnahmen, die nicht einfach in Recht und Unrecht einteilen mögen.

Mich erinnert dies an Dilemmata aus meiner Arbeit in der humanitären Hilfe, wo Grundprinzipien wie Unparteilichkeit oder Humanität, die – ursprünglich im Westen formuliert – zwar universelle Gültigkeit haben, in unterschiedlichen Kontexten aber anders interpretiert werden. Oder an demokratiepolitische Debatten in der Entwicklungspolitik, die nie losgelöst vom Kontext diskutiert werden können. Sich dieser Realität verschliessen hiesse, sich auch aus dem Dialog mit vielen Akteuren zu verabschieden.

Wir halten die Einladung an Boris Kagarlitzky aufrecht und sind überzeugt, mit ihm und den weiteren ReferentInnen sowie mit den Teilnehmenden spannende Diskussionen zu führen im Hinblick auf eine umfassende, substantielle, 'sozialistische' Demokratie.

Ruth Daellenbach
Denknetz-Präsidentin

Kurzportrait Denknetz

Das Denknetz (gegründet 2004) ist ein sozialkritischer Thinktank, der gesellschaftstheoretische und politische Grundlagenarbeit leistet. Sein Credo sind die Universalität der Menschenrechte und die Unteilbarkeit der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Denknetz-Fach- und Regionalgruppen erarbeiten Analysen, Thesen und Reformvorschläge zu Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitswelt, zu Bildungs- und Migrationsfragen. Wichtige Transversalthemen sind Gender, Ökologie und globale Verhältnisse. Das Denknetz wird getragen von seinen 1360 Mitgliedern (Stand April 2017). Mitglieder erhalten alle Denknetz-Publikationen kostenlos nach Hause geschickt. Sie nehmen zu günstigeren Tarifen an Denknetz-Tagungen und Kongressen teil. Normalverdienende bezahlen einen Jahresbeitrag von CHF 100.-, Nicht- und Geringverdienende CHF 40.-, Fördermitglieder unterstützen das Denknetz mit CHF 400.-. Im Denknetz U-35 bestimmt die junge Denknetz-Generation selbst, mit welchen Fragen sie sich beschäftigt und welche Formen sie dabei wählt.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Réseau de réflexion, groupe francophone

Depuis 2015 existe un groupe francophone qui se réunit à Lausanne. Il essaie d'exprimer un point de vue qui peut être spécifiquement romand sur quelques sujets traités par ailleurs dans le Denknetz. De même, il se positionne sur des thèmes qui lui semblent importants mais qui ne sont pas encore traités. Sujets du groupe francophone traités jusqu'ici : Service public / Médias et Service public / Démocratie / Démocratisation du travail et de l'entreprise / Croissance/décroissance / Les machines intelligentes / Big Pharma / Soins de longue durée.

suisseromande@denknetz.ch

Inhalt

100 Jahre Russische Revolution **3**

Denknetz hält an Einladung von Boris Kagarlitzky fest **7**

Technisierte Gesellschaft: Analyse und Kritik eines Hypes **8**

Vollgeld: Voll gut? **10**

Diskurs Russische Revolution:
80 kommentierte Hinweise auf Bücher und Artikel **14**

Emanzipation und Identität: 13 Thesen **22**

Denknetz schlägt Garantierte Grundsicherung für alle vor **26**

Zurechtrücken: Der Chemo-Salat **29**

Wer ist und was tut das Denknetz-U35? **30**

Arbeit in Privathaushalten:
Der Bundesrat stiehlt sich aus der Verantwortung **33**

Grundfragen emanzipatorischer Politik: Vier Themenabende **35**

Denknetz-Veranstaltungskalender **36**

Tagung

100 Jahre Russische Revolution

Von Beat Ringger

Die Russische Revolution jährt sich im November 2017 zum 100. Mal. Sie hat die globale Konstellation des 20. Jahrhunderts massgeblich geprägt und wirkt bis heute nach. Aus diesem Anlass organisiert das Denknetz am 10. und 11. November in Bern eine Tagung. Unser Interesse ist dabei nicht nur ein historisches. Angesichts der zunehmenden Instabilitäten und Bedrohungslagen wird die Frage, ob der Kapitalismus überwunden werden solle, gegenwärtig wieder vermehrt diskutiert. Damit einher geht auch die Frage, inwieweit dafür ein Bruch mit den heutigen Herrschaftsverhältnissen unausweichlich sei. Die Beschäftigung mit der Russischen Revolution und ihren Folgen gewinnt dadurch wieder an Aktualität. Entsprechend kontrovers wird diese Debatte auch nach wie vor geführt.

Die Russische Revolution

In der Nacht des 24. Oktober 1917 (7. November nach der heutigen Zeitrechnung) setzten die Soldaten der Petrograder Garnison unter Führung der Bolschewiki die provisorische Regierung ab. Am folgenden Tag stellte sich eine Mehrheit des gesamtrussischen Sowjetkongresses hinter dieses Vorgehen, wählte eine neue, revolutionäre Regierung und erliess drei Dekrete. Das erste Dekret forderte alle kriegsführenden Länder des Ersten Weltkrieges zur sofortigen Aufnahme von Friedensverhandlungen auf mit dem Ziel eines Friedens ohne Annexionen und – als ersten Schritt – eines dreimonatigen Waffenstillstandes. Das zweite Dekret erklärte den Boden zum „Allgemeingut aller, die darauf arbeiten". Das dritte Dekret schliesslich hob in Russland alle nationalen und religiösen Vorrechte auf und bestätigte das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Ethnien.

Mit diesem Akt haben die russischen Revolutionärinnen und Revolutionäre in Anspruch genommen, die Türe in eine bessere Zukunft zu öffnen. Angesichts der Gräuel des Ersten Weltkriegs fochten sie für einen revolutionären Entwicklungssprung, für die Überwindung des Kapitalismus, für „Sozialismus statt der Barbarei" (Rosa Luxemburg). Ein humanistischer Voluntarismus sollte zum ersten Mal in der Geschichte dauerhaften Gestaltungsraum erlangen und stärker werden als blind wirkende, deterministische, Gesetze der Geschichte'. Die unterdrückerischen, irrationalen Verhältnisse der Klassenherrschaft sollten überwunden werden zugunsten einer Ära bewusst gestalteten, lernenden Gesellschaften.

Zum ersten Mal haben Revolutionärinnen und Revolutionäre dabei für sich proklamiert, ihr Handeln auf die Basis einer kritisch-wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stellen. Die Debatte um diese Analyse verlief im Bezug auf Russland sehr kontrovers. Waren die Verhältnisse im Zarenreich reif für eine Umwälzung über die Grenzen des Kapitalismus hinaus? Niemand hat dies 1917 behauptet. Doch während die einen aus der Rückständigkeit Russlands den Schluss zogen, die Linke dürfe auf keinen Fall über die Grenzen bürgerlicher Vormacht hinausgehen, setzte die führende Fraktion der Bolschewiki um Lenin, Bucharin und Trotzki auf eine Verschränkung: In Russland sei der Weg zu einer bürgerlichen Demokratie durch die Schwäche und Ängstlichkeit des russischen Bürgertums verbaut. Eine im Feudalismus verhaftete Despotie liesse sich nur überwinden, wenn die Linke bereit sei, die bürgerliche Revolution anzuführen und gleichzeitig die Grenzen bürgerlicher Vormacht zu sprengen. Diese Chance müsse man nützen und damit gleichzeitig den bevorstehenden deutschen, österreichischen und ungarischen Revolutionen Schub verleihen.

Heute wissen wir: Die Verschränkung hat nicht stattgefunden. Die revolutionären Aufstände in anderen Ländern wurden zurückgeschlagen. Die Russische Revolution blieb isoliert. Sie musste einen brutalen Bürgerkrieg überstehen, bei dem 14 imperiale Mächte auf Seiten der Konterrevolution intervenierten. Innert weniger Jahre erschöpfte sich ihr revolutionäres Potenzial, und sie wurde durch die finstere, im eigenen Schoss geborene stalin'sche Konterrevolution erstickt. 17 Jahre später wird Stalin zum entscheidenden Schlag ausholen und jede oppositionelle Regung ausrotten, was praktisch allen massgebenden Bolschewiki der Revolutionsjahre das Leben kostet. Die Türe zu einer anderen, herrschaftsfreien Zukunft wird wieder zugeschlagen und von innen verrammelt.

Das Licht der emanzipatorischen Versprechungen, welches durch die Türe der Russischen Revolution sichtbar geworden war, war jedoch stark genug, um eine Generation engagierter Linker auf der ganzen Welt in seinen Bann zu schlagen – und viele zu blenden. Heute, 100 Jahre später, ist es einfach geworden, sich vom Licht nicht mehr täuschen zu lassen. Wir stehen nicht mehr in der damaligen Hitze der Auseinandersetzungen um Revolution und Konterrevolution. Wir stehen nicht mehr vor der Schwierigkeit, zwischen Lüge und Wahrheit zu unterscheiden.

Kein „richtiges" Narrativ

Heute lauert eine andere Gefahr: Das Licht wird gar nicht mehr wahrgenommen. Damit einher geht ein Streit darüber, wer das „richtige" Narrativ zur Russischen Revolution zu bieten hat. Eine einfache und weit verbreitete Variante lautet: Der Wille zu einer gerechten Gesellschaft mag ja edel sein – aber er bricht sich an der Natur des egoistischen Menschen. Deshalb obsiegen immer jene, die sich am geschicktesten von ihrem Egoismus leiten lassen – im Falle Russlands der nüchterne, skrupellose Stalin. Diese Erzählung lässt sich gut verbinden mit derjenigen einer untergründigen Kontinuität vom Zarismus bis zur ‚bolschewistischen Diktatur'. In einer nächsten Variante ist der Sozialismus eine verhängnisvolle Anmassung (Hayek). Die Komplexität moderner Ökonomien könne nur durch eine selbstregulierende Systemintelligenz bewältigt werden, d.h. durch die Steuerungskraft frei ermittelter Preise. Jeder Versuch, diese Systemintelligenz zu überwinden ende in einer rigiden Diktatur gegen diese Intelligenz und gegen die Menschen, die schon nach kurzer Dauer den sozialistischen Experimenten den Rücken kehren würden. Eine weitere Variante lautet: Die ProtagonistInnen der Russischen Revolution hätten in einem rückständigen Land keine andere Wahl gehabt, als den Aufbau einer Schwerindustrie und der elementaren Energie- und Verkehrsinfrastruktur in einer Staatsdiktatur zu vollziehen. Oder aber in Umkehrung dieser Variante: Es war eine Art Erbsünde, in Russland mit dem Kapitalismus zu brechen, weil die Staatsdiktatur in einem unterentwickelten Land die unausweichliche Folge sein musste. Weit verbreitet ist auch die „Erzählung", wonach Lenin autoritäre Konzepte der Partei und ihrer Rolle gegenüber den Massen verfochten hat, die BolschewistInnen also von Beginn an auf Diktatur ‚programmiert' gewesen seien.

Die Denknetz-Tagung soll nun nicht der Suche nach dem „richtigen" Narrativ dienen. Vielmehr fordert jedes dieser Narrative zu relevanten Fragen und Nachforschungen heraus. Zweifellos haben sich in den Jahren der Sowjetunion unter Stalin reaktionäre Kräfte geformt, die nicht nur in Russland, sondern auf der ganzen Welt unermesslichen Schaden angerichtet haben. Diesem eigenen Schatten hat sich die Linke unvoreingenommen zu stellen. Dennoch wollen wir uns auch durch das Interesse am Licht im Türspalt leiten lassen, also von der Hoffnung auf die Emanzipation vom Kapitalismus. Und gerade damit sind wichtige Fragen verbunden: In welchem Verhältnis stehen Demokratie, Revolution, Sozialismus und Klassenkampf? Welche Rolle spielt das revolutionäre Wollen, die politischen Analysen und Programme der AkteurInnen, der sogenannte ‚subjektive Faktor'? Wo stösst er an Grenzen? Was hat den handelnden Subjekten möglicherweise gefehlt, um die Türe weiter zu öffnen oder wenigstens ein Verrammeln zu verhindern? Wo in der Geschichte der jungen Sowjetunion sind Kontinuitäten, wo Brüche? Welche Alternativen zur Stalinisierung hätte es gegeben? Und was bedeutet das alles für die heutige Zeit?

Wenn es eine Lehre aus der Russischen Revolution gibt, dann ist es vielleicht die: Die Überwindung des Kapitalismus ist ein gefährliches, anmassendes Unterfangen, und dieses Unterfangen verlangt höchsten demokratiepolitischen Einsatz. Sein Ausgang ist ungewiss. Doch gerade darum geht es: Darum, dass die Menschheit ihren kollektiven Willen und ihre kollektive Intelligenz mobilisiert, um die gesellschaftlichen Verhältnisse ‚vernünftig' zu gestalten – tastend, experimentierend, strauchelnd, unermüdlich. Und dies in Form einer lernenden Gesellschaft, die das Ziel ist, nicht bloss der Weg zum Ziel. Wer eine solche Perspektive in Erwägung zieht, sollte sich auch mit der Russischen Revolution und ihren Folgen auseinandersetzen. Die Denknetz-Tagung bietet dafür – unter anderem Dank einer Reihe von herausragenden ReferentInnen – eine gute Gelegenheit. *

TAGUNGSPROGRAMM

100 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION

FREITAG | 10.11.2017

18.30 h Begrüssung und Einleitung
Warum wir diese Tagung organisieren
Ruth Daellenbach, Beat Ringger

19.00 h Referat
Die Grauen des Stalinismus, und warum wir trotzdem am Kommunismus festhalten sollten
Bini Adamczak

19.45 h **Pause**

20.00 h Publikumsrunde und Podiumsdiskussion
Was geht uns die Russische Revolution heute noch an?
Bini Adamczak, Tamara Funiciello, Balthasar Glättli, Christoph Jünke
Moderation Matthias Hui

SAMSTAG | 11.11.2017

10.15 h Begrüssung

10.20 h Referat
Die Russische Revolution 1905 – 1917
Boris Kagarlitzky

10.50 h Referat
Die Sowjetunion 1918 – 1929
Christoph Jünke

11.20 h **Pause**

11.40 h Referat
Die Russische Revolution und die Demokratiefrage
Jo Lang

12.00 h Fachgespräch
Die Russische Revolution und die Demokratiefrage
Christoph Jünke, Boris Kagarlitzky, Jo Lang
Moderation Beat Ringger

13.00 h Kurze Vorstellung der Ateliers

13.10 h **Mittagspause (Stehlunch)**

14.00 h Ateliers
A1 **Genderpolitik und die Russische Revolution**
Gisela Notz
A2 **Die Russische Revolution und die Schweiz**
Bernhard Degen, Adrian Zimmermann
A3 **Lenin, Trotzki, Stalin: Kontinuitäten und Brüche**
Helmut Dahmer
A4 **Die Ideengeschichte von Demokratie und Sozialismus**
Urs Marti

16.00 h Abschlusspodium
Kommunismus heute: Gespenst oder Gespinst?
Gisela Notz, Bini Adamczak, Helmut Dahmer, Renate Hürtgen
Moderation Ruth Daellenbach

17.15 h **Schluss der Tagung**

U.A. MIT: **BINI ADAMCZAK**/PUBLIZISTIN | **HELMUT DAHMER**/PUBLIZIST
BERNARD DEGEN/HISTORIKER | **TAMARA FUNICIELLO**/PRÄSIDENTIN JUSO
BALTHASAR GLÄTTLI/NATIONALRAT GRÜNE | **RENATE HÜRTGEN**/HISTORIKERIN
CHRISTOPH JÜNK/HISTORIKER | **BORIS KAGARLITZKY**/SOZIOLOGE
JO LANG/HISTORIKER | **GISELA NOTZ**/SOZIALWISSENSCHAFTLERIN
URS MARTI/PHILOSOPH | **ADRIAN ZIMMERMANN**/HISTORIKER

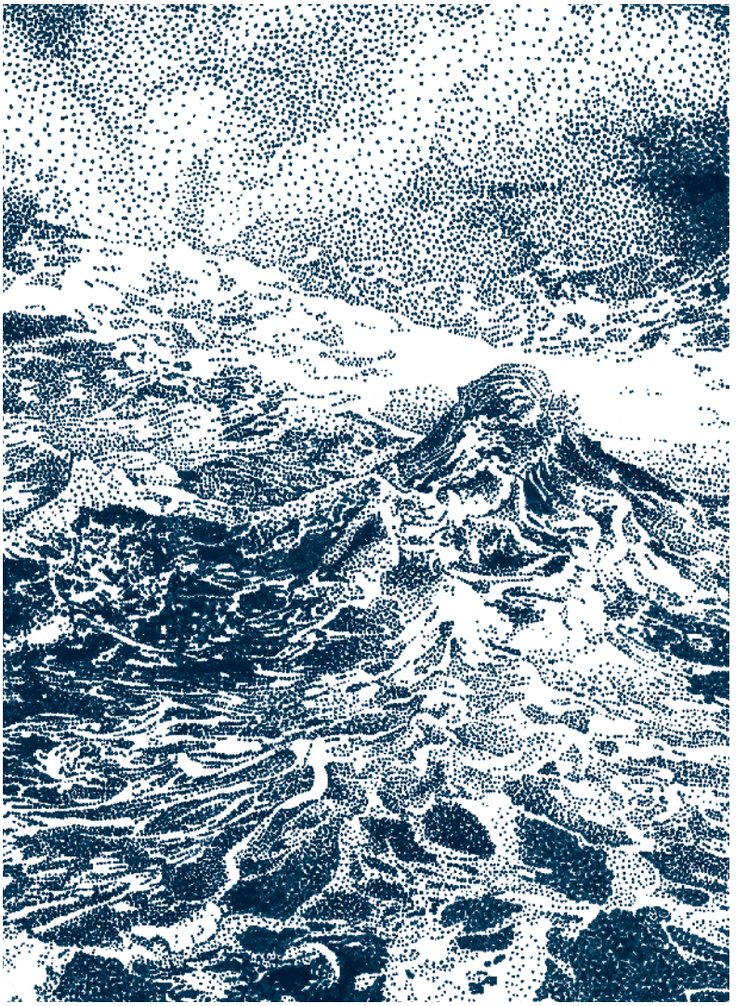
Freitag | 10.11.2017 | 18.30 h – 21.30 h
Samstag | 11.11.2017 | 10.15 h – 17.15 h
Hotel Bern | Bern | Zeughausgasse 9

Tagungsbeitrag | inkl. Mineralwasser und Lunch am Samstagmittag
CHF 120.- / Denknetz-Mitglieder CHF 80.- / Gering- oder Nichtverdienende CHF 40.-

Anmeldungen | **tagung@denknetz.ch**
Mail mit Name und Postadresse | Die Platzzahl ist beschränkt
Teilnahme nach Eingang der Anmeldung

Organisiert vom Denknetz in Kooperation mit den Neuen Wegen und der Robert-Grimm-Gesellschaft

www.denknetz.ch
DAS DENKNETZ



Immer wieder ertrinken Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer. Wir lesen die Meldungen – doch was geschieht da wirklich vor der Küste Libyens? WOZ-Redaktorin Noëmi Landolt war im letzten Herbst zwei Wochen mit dem Seenotrettungsschiff «Sea Watch 2» unterwegs. Ihre Erlebnisse hat sie in einem Logbuch festgehalten, das nun als Buch erhältlich ist.

MISSION MITTELMEER

Von Noëmi Landolt

Landolts Bericht über die katastrophale Situation soll möglichst viele Menschen erreichen. Deshalb hat «Mission Mittelmeer» keinen fixen Preis: Sie bestimmen selbst, wie viel Sie dafür geben möchten. (Die Herstellungskosten betragen rund zehn Franken.)

Einen allfälligen Überschuss wird eine Hilfsorganisation erhalten, die sich für Flüchtlinge einsetzt.

Bestellen Sie «Mission Mittelmeer» unter www.woz.ch/missionmittelmeer, via shop@woz.ch (Adresse und Anzahl Exemplare) oder 044 448 14 14.

ANZEIGEN

Der neue Rechtsnationalismus hat sich längst im politischen Feld festgeschrieben und die soziale Frage erfolgreich besetzt. Dem stehen die linken Kräfte scheinbar machtlos gegenüber. Nicht nur scheinen ihnen die genuinen sozialen Klassen zu entrinnen. Die Linke hat es bisher auch nicht geschafft, einen Resonanzraum zu organisieren, der für eine politische Orientierung konstitutiv ist.

Hat sich die Linke in einen identitären Partikularismus verabschiedet, der gemeinsame Kämpfe über die Grenzziehung der Differenz hinweg verunmöglicht? Doch wie könnte ein linkes «Wir» gedacht werden? Ist dies überhaupt wünschenswert?

Widerspruch 69 diskutiert, ob und wie die Linke ein Wiedererlangen kollektiver Identitäten braucht, um die soziale Frage wieder von links zu stellen. Die Aufsätze, Essays und Thesenartikel versuchen, Wege und Probleme aufzuzeigen, wie ein linkes «Wir» in Anbetracht der delikaten politischen Situation gedacht werden kann.

184 Seiten; Fr. 25.–
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

Tagung 100 Jahre Russische Revolution | 10./11. November 2017

Denknetz hält an Einladung von Boris Kagarlitzky fest

Denk netz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

Als Referenten für die Tagung „Demokratie und Sozialismus: 100 Jahre Russische Revolution" haben wir unter anderem Boris Kagarlitzky eingeladen, einen der prominentesten marxistischen Dissidenten im Russland der 1980er und 1990er Jahre und auch heute noch ein viel beachteter Publizist zu Fragen der Russischen Geschichte und Gesellschaft. Um die Einladung von Kagarlitzky entwickelte sich rasch eine Kontroverse. Wir erhielten Hinweise darauf, dass seine Positionen im Zusammenhang mit den Konflikten auf der Krim und in der Ostukraine höchst umstritten seien. Faktisch habe er sich auf die Seite Putins gestellt. Zudem habe es mehrere Kontakte mit den russischen Ultra-NationalistInnen gegeben, und es bestehe weiter der Verdacht, dass sein Institut vom Putin-Regime finanziell unterstützt werde. Wir sind diesen Hinweisen umgehend nachgegangen. Dies einerseits auf Basis eines Blog-Eintrages des englischen Historikers Simon Pirani, auf dem die von den KritikerInnen geäusserten Vorwürfe beruhten und weiteren Quellen. Andererseits haben wir Erkundigungen bei verschiedenen Russland-ExpertInnen getätigt, u.a. bei mehreren JournalistInnen, die die Verhältnisse in Russland gut kennen, russisch sprechen und Zugang zu authentischen Informationen haben.

Unsere Recherchen führten zu folgenden Ergebnissen: Wir fanden bestätigt, dass Kagarlitzky zu den Themen Ukraine und Krim strittige Positionen eingenommen hat: Aus historischen Gründen bestehe ein russischer Anspruch auf die Krim. Zudem äusserte er die Hoffnung, die separatistischen Bewegungen in der Ukraine seien von einer anti-oligarchischen Dynamik getragen. Die monierten Kontakte zu den russischen UltranationalistInnen hingegen beschränken sich auf die Teilnahme an zwei Veranstaltungen. Eine Verbandelung ist weder nachweisbar noch wahrscheinlich. Sein Institut hat – wie viele andere auch – öffentliche Zuwendungen erhalten, diese allerdings 2016 allesamt verloren. Eine Abhängigkeit vom Putin-Regime ist weder belegt noch plausibel. Die unterschiedlichen Quellen und unsere Nachforschungen machten zudem deutlich, in welchem Masse die russische Linke bezüglich der Krim/Ukraine-Frage gespalten ist und wie heftig die entsprechenden Dispute geführt werden, was auch die Kommunikation von Linken aus dem Westen mit russischen ExpertInnen schwierig macht.

Aufgrund dieser Abklärungen sind wir zum Schluss gekommen, dass eine Ausladung von Boris Kagarlitzky nicht angebracht ist. Wäre das Thema der Denknetz-Tagung der Ukraine-Konflikt, dann wäre eine einseitige Einladung von Kagarlizky natürlich nicht angebracht, resp. es wäre erforderlich, verschiedenste Strömungen zu Wort kommen zu lassen. Das Thema der Tagung ist aber die Russische Revolution, und es ist unbestritten, dass Kagarlitzky dazu ein kenntnisreicher und interessanter Referent ist. Ihn wieder ausladen, würde bedeuten, dass wir seinen Ausschluss aus allen linken Diskursen befürworten. Für einen solchen Bann bräuchte es triftige Gründe, z.B. eine systematische Zusammenarbeit mit ultrarechten Kräften. Unterschiedliche Positionen zu Krim und Ukraine reichen dafür nicht aus, auch wenn es dabei um bewaffnete Konflikte und militärische Okkupationen geht. Ein weiteres Thema, das in der Kontroverse um die Person von Boris Kagarlitzky aufscheint, ist die Art und Weise, wie das Internet ins Spiel kommt. Vorwürfe und Beschuldigungen finden via Internet rasch Verbreitung. Es ist unseres Erachtens deshalb erforderlich, Vorwürfe, die im Netz kolportiert werden, besonders sorgfältig abzuklären. *

Das neue Denknetz-Jahrbuch 2017

Technisierte Gesellschaft: Analyse und Kritik eines Hypes

Jahrbuch-Redaktion

Hans Baumann, Martin Gallusser, Roland Herzog, Ute Klotz, Christine Michel, Beat Ringger, Holger Schatz (Hg.)

Technisierte Gesellschaft. Analyse und Kritik eines Hypes

Zürich. Edition 8
Broschur Fr. 23.00, Euro 19.80
ISBN: 978-3-85990-326-5

Digitale Revolution, künstliche Intelligenz oder Industrie 4.0 heissen die Schlagworte. „Wir dürfen den digitalen Wandel nicht verschlafen, sonst werden wir abgehängt". Solcherlei Mahnungen tauchen heute in fast jeder Programmrede auf. In der Regel werden die diagnostizierten Technologieschübe als unausweichliche Fakten dargestellt, denen sich die Gesellschaft dringend anzupassen habe, um ihre Zukunftsfähigkeit nicht zu verspielen. Gerade die aufgeregtesten Diskussionsbeiträge – etwa jene, die die baldige Machtübernahme der künstlichen Intelligenz über den Menschen prognostizieren – wirken oft schicksalsergeben. Die Mainstream-Gesellschaft scheint wie das Kaninchen vor der Schlange zu erstarren, angesichts eines Technologieschubs, der kaum mehr zu begreifen ist, dem man aber offenbar – mal willig, mal weniger willig - die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu überlassen bereit ist. Es wirkt so, wie wenn die Mainstream-Gesellschaft ihren letzten Rest von Mündigkeit an der Garderobe abgibt, sobald sie online geht.

Hier gibt das neue Denknetz-Jahrbuch 2017 Gegensteuer. In rund 20 Texten unternehmen es die AutorInnen, den Hype um die digitale Revolution zu hinterfragen, die technologischen Entwicklungen kritisch zu durchleuchten, und Folgen respektive Gestaltungschancen zu diskutieren. Der vorherrschende naturalisierende Diskurs über die Technikentwicklung („Technik ist einfach da") führt zu tiefer Lähmung. Ähnlich wie der Diskurs über die Globalisierung vermittelt er ein Gefühl vollständiger Machtlosigkeit. Das ist durchaus im Sinn und im Interesse der wenigen, die in den Chefetagen der Technologiekonzerne und der Technik-Universitäten sitzen oder die Aussichten haben, mit ihrem Startup den grossen Reibach zu machen. Sie wollen die Technikentwicklung einer kritischen Auseinandersetzung entziehen. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, als das Internet als eine Erfindung gefeiert worden ist, die der Demokratisierung der Gesellschaften enormen Schub verleihe und die die Grundlagen für eine neue, den Kapitalismus transformierende Wirtschaftsweise (Open Software, Share Economy, Collaborative Computing) schaffe. Die neuere Entwicklung ist nun allerdings ein Lehrstück darin, wie wenig „Technik an sich" auszurichten vermag, und wie sehr gesellschaftliche Verhältnisse die Techniknutzung und Entwicklung prägen. So ist das Internet zum Aktionsfeld von Geheimdiensten und von Software-Giganten geworden, die die KonsumentInnen umgarnen, manipulieren und zu gläsernen BürgerInnen machen. Und in Form des Darknet ist sein ambivalenter Schatten entstanden: Für viele ein Fluchtweg vor der Überwachung, für andere ein Tummelfeld der Kriminalität.

Es muss also gefragt werden, woher die Technik kommt, und warum sie ist, wie sie ist. Wird sie getrieben von der menschlichen Neugierde, dem ErfinderInnengeist? Ist sie das laufende Produkt ihrer eigenen Entwicklung, führt also Technik per se zu immer mehr Technik? Ist sie geprägt von gesellschaftlichen Verwertungszwängen und Machtverhältnissen, in welcher Weise und in welchem Mass? Drücken sich nicht bereits in der Beschaffenheit, der Logik und der Anwendung eines technischen Apparats bzw. einer Software die gesellschaftlichen Verhältnisse aus, unter denen die Technik entwickelt wurde? Dies legen jedenfalls die beiden Soziologen Christoph Müller und Bernard Nievergelt im Gespräch mit der Redaktion nahe, ebenso wie Daniel de Roulet in seinem einleitenden Essay.

Das Bestreben die Gesellschaftlichkeit von Technik zu verstehen setzt voraus auch die stoffliche Seite der Technik zumindest in groben Zügen zu begreifen. Martin Gallusser und Beat Ringger wollen mit ihrem Beitrag den Durchblick erleichtern: Von der Blockchain über Netzwerkeffekte bis zum Cyborg.

Zweifellos kommt es immer darauf an, in wessen Händen und unter welchen ökonomischen Voraussetzungen Technik angewendet wird, wie diverse Beiträge zu unterschiedlichen Aspekten verdeutlichen. Mascha Madörin gibt sich im Gespräch pessimistisch, was den Gesundheitsbereich betrifft. Unter den bestehenden Prämissen der Kosteneinsparung und des privaten Profitmotivs würde der Einsatz von Robotik und Digitalisierung etwa in der Pflege eher dazu benutzt werden, Personal einzusparen bzw. die Arbeitsdichte noch weiter zu erhöhen, anstatt die allenfalls frei werdenden Ressourcen

für gute Arbeit und gute Pflege zu nutzen. Matthias Hartwich sowie Martin Kuhlmann kommen in ihrer Einschätzung der Digitalisierungsstrategien von Konzernen zu dem Schluss, dass die Belange der ArbeitnehmerInnen im und durch den Prozess der Digitalisierung noch stärker aus dem Blick geraten. Beide sehen jedoch auch die Chancen für die Gewerkschaften, sich auf internationaler Ebene auf diesen Wandel einzustellen und eine Demokratisierung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Natalie Imboden und Christine Michel gehen einen Schritt weiter und fordern eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Qualität der Arbeit und die Implikationen der Digitalisierung, insbesondere auf Frauen bzw. auf sogenannte Frauenberufe. Wie Digitalisierung sich auf welche Berufszweige auswirkt und welche Berufsbildungen in Zukunft überhaupt benötigt werden beschäftigt Sheron Baumann und Ute Klotz. Am Beispiel der profitablen Reproduktionstechnologien zeigt Christa Wichterich, wie in der Technologie soziale Ungleichheiten eingeschrieben werden.

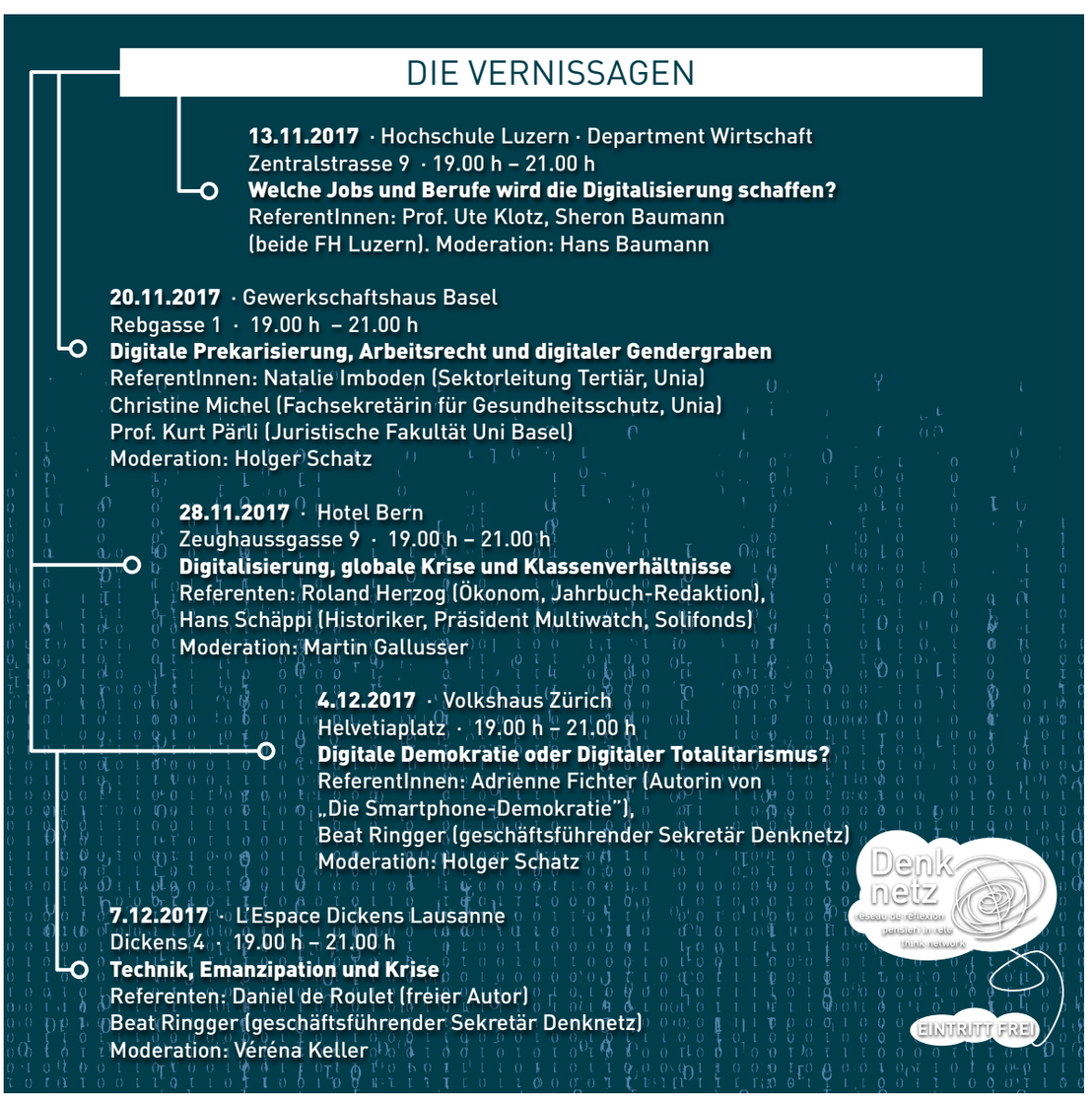
Welche gesamtgesellschaftlichen Folgen die technologischen Umbrüche auf globale Macht- und Klassenverhältnisse haben, untersuchen Roland Herzog und Hans Schäppi. Verschärft die Digitalisierung den seit der Deregulierung der Finanzmärkte zu beobachtenden Trend, dass immer mehr Finanzmittel auf eben diesen Märkten angelegt werden und so dringende öffentliche Investitionen zum Beispiel im Care-Sektor fehlen? Verschärft sich also – so fragt Beat Ringger – die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion, oder wird die gegenwärtige finanzgetriebene Phase des Kapitalismus durch eine technologiegetriebene Phase abgelöst?

Die Macht der sogenannten Internetkonzerne über Daten ist das eine Problem, die Arbeitsbedingungen sind ein weiteres. Im Fokus stehen derzeit sogenannte Plattformen, über die Selbstständige Aufträge bekommen und abarbeiten – zu bekanntlich oftmals miserablen Bedingungen. Der Jurist Kurt Pärli rechnet mit einer weiteren Verbreitung solcher Plattformen und von prekären Arbeitsbedingungen wie beim Fahrdienstleister Uber. Während Pärli die Regulierung der Rahmenbedingungen solcher Modelle einfordert, sieht Kristy Milland Perspektiven vor allem in der Selbstorganisierung der Beschäftigten. In ihrem Artikel beschreibt sie diesbezügliche Organisierungen in den USA.

Einem diskutierten Fragekomplex um die zunehmende Bedeutung von digital gesammelten, gespeicherten und gar erzeugten Daten in den Händen von Privatunternehmen gehen Adrienne Fichter und Nicole Shepard nach: Wie können Freiheiten, Privatsphäre und demokratische Kontrolle erhalten respektive angesichts der Macht der Algorithmen wieder hergestellt werden?

Angesichts des beschriebenen – und auch von Helmut Knolle in einem Beitrag kritisierten – affirmativen Technikfetischismus einerseits und dem Big Data-Totalitarismus anderseits bleibt die Frage, wo die Emanzipationsversprechen geblieben sind, die mit den neuen digitalen Technologien ursprünglich verknüpft worden waren. Bewegungen wie der Transhumanismus oder der Cyberfeminismus prognostizierten die Utopie einer Verschmelzung von Mensch und Maschine als Befreiung von Natur oder gesellschaftlichen Zuschreibungen. Andrea zur Nieden rekapituliert und kritisiert diese Theorien im Lichte aktueller Technikschübe. Trotz aller Ernüchterung verdienen Analysestränge jedoch weiterhin Beachtung, die in der Logik digitaler Technik Momente sehen, die tendenziell das kapitalistische Eigentum unterminieren und die Grundlagen für alternative Produktionsmodelle bieten. Durch Verbilligung und Verfügbarmachung der Produktionsmittel (z.B. durch 3-D-Drucker) berge die Digitalisierung den Keim kommunistischer Produktion, und die Technik forciere Kooperationen in einer Sharing Economy, so Andrea Baier, Tom Hansing, Christa Müller und Karin Werner in ihrem Beitrag zur Postkapitalistischen Produktion.

Ausserhalb des Schwerpunkts bilanziert Beat Ringger den Kongress Reclaim Democracy. Hans Baumann sowie Rudolf Farys, Robert Fluder, Oliver Hümbelin und Ben Jann analysieren die jüngste Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz und Europa. Die Denknetz-Arbeitsgruppe Grundrechte schliesslich plädiert in einem Grundlagentext dafür, die Grundrechte – unter anderem gerade auch angesichts der digitalen Durchdringung des Alltags - neu zu vermessen, um ihrer Erosion erfolgreich entgegentreten zu können. *



Initiative

Vollgeld – voll gut?

Von Hans Baumann, Roland Herzog und Beat Ringger

Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie hat sich ausführlich mit der Vollgeld-Initiative befasst. Sie ist zu drei Schlüssen gekommen: (1) Die Diskussion über Geld- und Finanzpolitik ist wichtig, und es ist der Initiative zugute zu halten, dass sie diese Debatte belebt; (2) der konkrete Inhalt der Vollgeldinitiative verdient aus fortschrittlicher Sicht zwar nicht ungeteilte, wohl aber kritische Unterstützung; (3) die theoretische Fundierung des Vollgeldes weist hingegen etliche problematische, ideologische Komponenten auf.

Nach 1973 ist der Finanzsektor stark dereguliert worden. Im heutigen Kapitalismus dominiert das Finanzkapital. Die Konsequenzen davon wurden in den verschiedenen Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte deutlich sichtbar. Seit der – noch nicht überwundenen – grossen Krise 2007/2008 wird weit herum akzeptiert, dass tiefgreifende Reformen notwendig sind. Ebenso verbreitet sind jedoch die Zweifel, ob die bislang in Angriff genommenen Reformschritte genügen. So zirkulieren denn auch verschiedenste Vorschläge zur Neugestaltung der Finanz- und Geldpolitik, die von der Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für Banken bis hin zur Privatisierung der Währungen reichen. Das Spektrum der Themen ist breit: Re-Regulierung des Bankensektors, neue Formen von Geld (Welt- und Regionalgeld, Vollgeld, Kryptowährungen), Währungspolitik, Schuldenmanagement, Einflussnahme auf Wirtschaftskonjunktur und Investitionsentscheide, Demokratisierung der Zentralbanken und des gesamten Finanzsektors. In diesen Kontext gehört die Vollgeld-Initiative, die am 1. Dezember 2015 vom Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) eingereicht worden ist. In seiner Botschaft vom 9.11.2016 beantragt der Bundesrat dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Das Geschäft kommt demnächst in die Räte, die ihre abschliessenden Entscheide spätestens in der Frühlingssession 2018 fällen werden.

Der Zahlungsverkehr als öffentlicher Dienst

Was schlägt die Vollgeld-Initiative konkret vor? Ihr Kern besteht darin, nicht nur wie heute Münzen und Banknoten, sondern auch alles Zahlungsverkehrs-Buchgeld (z.B. Einträge auf Kontokorrentkonti, Lohnkonti, sogenannte Sichteinlagen) zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und damit der Kontrolle der privaten Banken zu entziehen. Ende 2015 hielten die Banken 365 Mia. Franken in ihren Bilanzen, die dem Zahlungsverkehr dienten (Bundesrätliche Botschaft 2016, S. 8495). Laut Initiative dürfen Banken diese Gelder künftig nur noch treuhänderisch verwalten, während sie heute von den Banken für ihre Geschäfte genutzt werden können (und deshalb auch in den Bankbilanzen aufgeführt werden).

Mit diesem Vorschlag würde ein zentrales Problem elegant entschärft. Gehen heute Banken bankrott, dann sind sämtliche Gelder auf allen Kontoarten der Bank blockiert. Trifft ein Bankrott eine Grossbank, dann könnte dies zu einem Zusammenbruch von weiten Teilen des Zahlungsverkehrs führen, weil UBS und CS einen beträchtlichen Teil des Zahlungsverkehrs in der Schweiz abwickeln. Eine Blockierung der entsprechenden Konti würde die Wirtschaft ins Schlingern bringen und eine tiefe Rezession auslösen. Dies müsste daher um (fast) jeden Preis verhindert werden. Hier liegt jedoch eines der zentralen Probleme der sogenannten Too-Big-To-Fail-Problematik. Grossbanken – so die allgemein akzeptierte Forderung – sollten auf geordnete Art und Weise in Konkurs gehen können, ohne dass deswegen massive wirtschaftliche Einbrüche drohen. Mit der Annahme der Vollgeldinitiative wären sämtliche Gelder im Zahlungsverkehr auch im Fall eines Bankrottes weiterhin verfügbar und vor der Vernichtung durch einen Bankenkonkurs geschützt. Damit würde der Zahlungsverkehr zu einem öffentlichen Dienst, der der Kontrolle der Nationalbank, also einer öffentlichen Institution, untersteht. Das entspricht auch der Forderung der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, die schon 2010 verlangt hat, der Zahlungsverkehr sei zu einem Service public umzubilden.

Gemäss der Initiative muss die Nationalbank die Geldmenge, die für den Zahlungsverkehr verfügbar ist, direkt steuern. Die Nationalbank passt sie regelmässig dem Bedarf an, indem sie zusätzlich benötigtes Geld (etwa im Umfang des Wirtschaftswachstums) schuldenfrei in Umlauf bringt. Die Initiative sieht dafür vor, dass die Neugelder direkt dem Bund, den Kantonen und/oder den BürgerInnen übergeben werden. Die InitiantInnen gehen von 3 bis 10 Mia. CHF aus, die so jährlich als neue Kaufkraft geschöpft würden. Heute wird die Bildung von neuem Buchgeld von den Geschäftsbanken durch die Vergabe von Krediten oder durch Eigengeschäfte ausgelöst. Es sind denn auch die Banken, die gegenwärtig von dieser Geldschöpfung profitieren. Bei einer Geldschöpfung durch die Nationalbank würde hingegen zusätzliche Kaufkraft generiert, die dem Staat respektive der Allgemeinheit zugutekommt. Das wäre ein grosser Fortschritt.

Anders als die Gelder im Zahlungsverkehr würden die Spargelder gemäss Initiative keinem neuen

Regime unterworfen. Mit den Geldern auf Sparkonti können die Banken weiterhin Geschäfte tätigen. Bei einem Konkurs der Bank wären die Spargelder denn auch gefährdet: Je nachdem, wie viele Mittel noch vorhandenen wären und nach welchen Regeln eine Bank abgewickelt würde, müssten die Spareinlagen ganz oder teilweise abgeschrieben werden. Wie heute wären Spargelder nur bis zu einem Betrag von hunderttausend Franken abgesichert.

Die Initiative enthält im Weiteren eine Reihe von Bestimmungen, die es ermöglichen, in die spekulativen Finanzmärkte einzugreifen. Der Bund soll neu eine Bewilligung und Beaufsichtigung der Finanzprodukte (wie zum Beispiel die strittigen Derivate) vorsehen. Eine solche Aufsicht ist wünschenswert, sind es doch gerade intransparente und unregulierte Finanzkonstrukte, die zu spekulativen Blasen beitragen und die Finanzmärkte unkontrollierbar machen. Weiter soll er Anforderungen an die Eigenmittel der Banken festlegen, den Eigenhandel begrenzen und die Aufsicht über die Banken verstärken. Die Nationalbank soll zudem künftig Mindesthaltefristen für Finanzanlagen festsetzen können (und damit z.B. die Spekulation im Subsekundentakt stoppen). In all diesen Punkten ist die Initiative aber nicht sehr konkret. Immerhin will sie in diesen Belangen einen Verfassungsauftrag etablieren.

> „Gehen heute Banken bankrott, dann sind sämtliche Gelder auf allen Kontoarten der Bank blockiert."

Die ablehnende Haltung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt den Räten, die Initiative abzulehnen, und führt dafür folgende Hauptargumente an:

1) Kredite könnten verknappt werden, weil die Sichteinlagen nicht mehr Teil der Bankenbilanz wären und damit auch nicht mehr als Basis für Kreditvergaben dienen könnten. Diese Befürchtung ist wenig stichhaltig. Denn erstens sind grosse und mittlere Unternehmen in der Schweiz seit vielen Jahren überkapitalisiert. Kapitalmangel herrscht also allenfalls bei Start-ups oder gewerblichen Betrieben, was aber gerade dem heutigen Regime der Geschäftsbanken zuzuschreiben ist. Zweitens ermöglicht die Initiative der Nationalbank, den Geschäftsbanken Darlehen zu gewähren, damit sie bei Bedarf über genügend Mittel verfügen; sie könnte dies auch mit der Auflage verbinden, es seien damit vermehrt Kredite an KMU zu vergeben. Und drittens ist es eben gerade fragwürdig, wenn Banken hohe Kreditsummen bereitstellen, für die sie nur verhältnismässig geringe Sicherheiten bereitstellen müssen. Denn grosse Teile dieser Kredite werden für spekulative Finanzgeschäfte eingesetzt. Ein Beispiel: Gegenwärtig nehmen viele Konzerne Kredite in Milliardenhöhe auf, um die eigenen Aktien zurückzukaufen und damit den Aktienkurs künstlich in die Höhe zu treiben. Solche Finanzgeschäfte sind Gift für die Stabilität der Finanzmärkte.

2) Die Kontoführungskosten für Zahlungsverkehrskonti würden laut Bundesrat verteuert. Die Banken könnten heute diese Kosten auffangen, weil sie die Sichteinlagen für das eigene Geschäft verwenden dürfen. Wenn dies nicht mehr der Fall sei, müssten sie ihre Kosten auf die KundInnen abwälzen. Wie wenig stichhaltig dieses Argument ist, zeigt ein Blick auf die Kontoführungskosten der Postfinance, deren Kreditgeschäfte gesetzlich stark beschränkt sind. Ihre Gebühren bewegen sich trotzdem durchwegs im Rahmen derjenigen der Banken.

3) Es schade der Stabilität und der Glaubwürdigkeit der Nationalbank, wenn sie Neugeld schuldenfrei schöpfen könne, ohne dafür Aktiven in ihre Bestände aufzunehmen, also ohne z.B. Gold oder Devisen kaufen zu müssen (wobei es den Bundesrat eigenartigerweise nicht stört, dass die Geschäftsbanken genau dieses Privileg besitzen). Zudem entstehe ein Druck auf die SNB, möglichst hohe Mengen an Neugeld in Umlauf zu setzen, wenn diese Gelder gratis an Bund und Kantone vergeben würden. Auch diese Argumente sind wenig glaubwürdig. Die Nationalbanken und die SNB im Besonderen haben seit der Finanzkrise von 2008 die Finanzmärkte mit gewaltigen Geldbeträgen geflutet, um einen Kollaps zu vermeiden; die SNB hat ihre Bestände zudem um Hunderte von Mia. CHF erhöht, um die Wechselkurse zu beeinflussen. Diese riesigen Bestände werden von manchen Seiten als erhebliches Risiko bewertet, weil ihr Wert in kurzer Zeit stark schwanken kann. Will die SNB diese Bestände verkaufen, um die Franken-Geldmenge zu reduzieren, muss sie unter Umständen mit hohen Verlusten rechnen. Trotzdem ficht das die Stabilität der Nationalbank nicht an. Und was das Gratisgeld zuhanden der öffentlichen Hand angeht: Es ist zweifellos besser, wenn die Erhöhung der Geldmenge der Allgemeinheit zugutekommt statt – wie heute – den Privatbanken.

4) Die vorgeschlagene Reform wäre, so der Bundesrat, im internationalen Umfeld einmalig, was zu unwägbaren Risiken führe. Es ist allerdings nicht ersichtlich, worin diese Risiken bestehen sollten, schliesslich regelt die Initiative in erster Linie den inländischen Zahlungsverkehr. Die SNB verfügt zudem über eine Vielzahl von Steuerungsmitteln, um die Auswirkungen zu moderieren. Allenfalls müssten – wie z.B. in früheren Jahren praktiziert – auch Kapitalverkehrsbeschränkungen zur Anwendung kommen. Zudem könnte die Schweiz mit dieser Reform andern Ländern wichtige Impulse für Stabilisierungsmassnahmen auf den Finanzmärkten liefern und so zur längst notwendigen Reduktion der Bankenmacht beitragen.

5) Die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Grossbanken würde beeinträchtigt, weil ihnen weniger Mittel für ihre Geschäftstätigkeit zur Verfügung stünden (Sichtgelder stellen für die Banken sehr günstiges Geld dar). Das würde möglicherweise (je nach der Umsetzung durch die Nationalbank) zutreffen. Allerdings wird eine Eindämmung der Grossbanken ja gerade zu Recht gefordert, damit das Too-Big-to-Fail-Risiko gemindert werden kann. Im Gegenzug hätte die Nationalbank erheblich mehr Einfluss. Sie könnte z.B. den Geschäftsbanken günstige Darlehen gewähren mit der Auflage, dass damit Kredite für reale, nachhaltige unternehmerische Tätigkeiten und für öffentliche Dienste vergeben werden und nicht für spekulative Geschäfte.

In einem Punkt ist dem Bundesrat recht zu geben: Die Initiative verhindert nicht, dass es weiterhin zu Finanzkrisen kommen kann. Dies räumen die InitiantInnen ebenfalls ein. Auch mit einem öffentlich regulierten Zahlungsverkehr können massenhaft fragwürdige Spekulationskredite vergeben oder zweifelhafte Finanzprodukte lanciert werden. Und selbstverständlich wird mit der Initiative die zunehmend ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die als einer der Haupttreiber der gegenwärtigen wirtschaftlichen Instabilitäten bezeichnet werden muss, nicht korrigiert. Im Weiteren könnte man kritisieren, die Initiative gehe von einem ununterbrochenen monetären Wirtschaftswachstum aus. Die Frage, was denn z.B. bei einer gewollten, aus Nachhaltigkeitsgründen demokratisch beschlossenen Schrumpfung des BIP zu tun wäre, d.h. wie dann die Nationalbank das Gesamtvolumen der Zahlungsmittel allenfalls verringern würde, bleibt im Raum stehen, ebenso die Frage, inwiefern Banken auf andere Währungen ausweichen und damit die neuen Bestimmungen umgehen könnten. Damit ist aber nur gesagt, dass die Umsetzung der Vollgeldinitiative eine Herausforderung bedeutet, und dass entsprechende Instrumente für die Umsetzung geschaffen werden müssen.

Fragwürdige Vollgeld-Ideologie

Diskussionen über Geld gelten meist als schwierig, komplex und eine Sache für ExpertInnen. In den gängigen Debatten äussern sich nur wenige Personen, und die vorherrschende Haltung ist neoliberal geprägt. Zwar gibt es relevante KritikerInnen, doch sie sind zu wenig bekannt und haben wenig Einfluss. Grundlagenwissen sowie vertiefte Diskussionen müssen deshalb breiter Fuss fassen, damit im demokratischen Diskurs tragfähige politische Perspektiven entwickelt werden können. Die Vollgeldinitiative regt die nötigen Diskussionen zweifellos beträchtlich an.

Auf der anderen Seite aber sind mit der Idee des Vollgeldes auch zahlreiche Fragezeichen verbunden. Die liberalisierte Finanzsphäre ist die Sphäre der Spekulation. Wegen der grossen Hebelwirkungen, die dabei erzeugt werden, weckt diese Sphäre Fantasien von beinahe magischer Macht. Ein Beispiel dafür waren die smarten Boys der neoliberalen Boom-Phase vor der Finanzkrise 2007/2008, die sich als Masters of the Universe gebärdeten. Ein anderes Beispiel ist die Geldpolitik. Wer die „richtige" Geldpolitik kennt, meinte (und meint teilweise immer noch) Wunder bewirken zu können. Andererseits sind SpekulantInnen ein beliebtes Feindbild. So verständlich dies ist, so problematisch wird dies allerdings, wenn suggeriert wird, die Spekulation sei die Wurzel allen Übels. Genau so argumentiert allerdings ein Teil der Vollgeld-TheoretikerInnen: Für sie ist die private Geldschöpfung durch die Banken der Ursprung aller Wirtschaftsverwerfungen. Es braucht jetzt nur das Vollgeld, und die wesentlichen Probleme sind gelöst. Macht- und Ausbeutungsverhältnisse werden ebenso ausgeblendet wie die Logik des Kapitalismus und die wachsende Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Viele der Vollgeld-TheoretikerInnen positionieren sich denn auch ‚mit beiden Beinen auf dem Boden des Kapitalismus", so etwa Joseph Huber, der zu den Leitfiguren der Vollgeld-AnhängerInnen zählt.

> „Diskussionen über Geld gelten meist als schwierig."

Lösungen, die isoliert in der Finanzsphäre angesiedelt sind, werden oft auch als „Sachlösungen" angeboten, die „weder links noch rechts" situiert sein sollen. So auch die Vollgeld-InitiantInnen: Ihr Anliegen könne man im parteipolitischen Links-Rechts-Schema nicht einordnen (http://www.vollgeld-initiative.ch/, gelesen am 7.12.16). Damit wird eine technokratische Sicht auf die Welt propagiert, in der soziale und politische Gegensätze keine Rolle spielen. Entscheidend wird vielmehr, dass man an den richtigen soziotechnischen Stellschrauben dreht. Doch das ist Zauberstab-Politik. Es ist denn auch kein Zufall, dass die Initiative die Nationalbank weiterhin ausserhalb der demokratischen Kont-

rolle ansiedeln will: Ihre Führungsgremien sollen auch in Zukunft – einmal vom Bundesrat gewählt – formell niemandem verpflichtet sein. Eine demokratische Kontrolle der SNB-Politik wäre also weiterhin ausgeschlossen. Faktisch allerdings bliebe die SNB-Führung weiterhin eng mit den Interessen der Finanzmarktakteure verbandelt, und gerade das könnte eine wirksame Umsetzung der Bestimmungen der Vollgeldinitiative erheblich erschweren.

Zweifellos sind Macht und Spekulationsgebaren des Finanzkapitals überaus ernsthafte Probleme. Das von den Vollgeld-Befürwortern ins Feld geführte Problem der Geldschöpfung durch private Banken war ein wichtiger Treiber neoliberaler Politik und hatte wesentlichen Anteil an der Finanzkrise von 2007/2008. Doch mittlerweile ist die private Geldschöpfung als Krisentreiber in den Hintergrund getreten und unter anderem durch die zwar kontrollierten und politisch gewollten, aber massiven Geldschöpfungen der Zentralbanken abgelöst worden. Seit 2008 fluten die Zentralbanken die Finanzmärkte mit gewaltigen Geldbeträgen, um sie am Funktionieren zu halten. Damit haben sie neue Probleme geschaffen (z.B. einen Überfluss an billigem Geld) und niemand weiss, wie man aus der neuen Zwangslage wieder herauskommen soll. : Seit Jahren suchen die Nationalbanken nach dem geeigneten Zeitpunkt, um ihre Zinsen wieder anzuheben, und seit Jahren verwerfen sie dies aus Angst, dadurch eine unkontrollierbare Wirtschaftskrise auszulösen. Doch auch wenn die Vollgeldinitiative die Instabilitäten der Finanzmärkte und der Wirtschaft nicht beseitigen wird, so schlägt sie doch konkrete Massnahmen vor, die wir für unterstützenswert halten. Der Zahlungsverkehr wird faktisch zu einem öffentlichen Dienst, der den Risiken der privaten Geschäftsbanken entzogen und somit sicherer wird. Die Schöpfung von neuem Geld soll ausschliesslich durch die Nationalbank erfolgen und statt den Banken direkt der Öffentlichkeit zugutekommen. Und eine Reihe von Kann-Bestimmungen schafft immerhin die Voraussetzung dafür, dass zumindest der schweizerische Finanzmärkt und seine Produkte stärker reguliert werden könnten als bisher. *

Altvater, Elmar (2012): **Freigeld, Vollgeld, Leergeld**. In: WOZ Nr 43/2012

Busch, Ulrich (2016): **Vollgeld – Geld der Zukunft oder monetäres Experiment à la John Law?** In: Berliner Debatte Initial 27/2016

Huber, Joseph (2009-2013): **Reform der Geldschöpfung.** Online-Broschüre *https://vollgeld.files.wordpress.com/2013/10/huber_broschuere_2013_online.pdf*

Kallenberger, Werner (2017): **Vollgeld-Initiative (VGI): das nächste Geld oder Krise?** Ein Diskussionsbeitrag. *http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/wkallenberger_vollgeld-initiative_juli_17.pdf*

Löpfe, Philipp (2015): **Vollgeld – oder der Versuch, den Kapitalismus vor sich selbst zu retten.** In: Widerspruch Nr. 66, Zürich

Niepelt, Dirk (2017): **Vollgeld, halb gut.** In: Ökonomenstimme, inkl. 114 Kommentare. *http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2017/08/vollgeld-halb-gut/*

Schöchli, Hansueli (2017): **Wenn 300 Milliarden vom Himmel fallen.** NZZ 2.3.2017

Schweizerischer Bundesrat (9.11.2016): **Botschaft zur Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!** (Vollgeldinitiative)" *https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8475.pdf*

Ringger, Beat (2012): **Vollgeld-befürworter: Falsche Diagnose.** In: Denknetz-Jahrbuch 2012, Zürich

Sahr, Aron (2015): **Wären wir die besseren Banken? Zur Debatte über die Repolitisierung des Kreditgeldes.** In: Widerspruch Nr. 66, Zürich

Trepp, Gian (2012): **Zur Vollgeldinitiative: Geldreform oder Bankenreform?** In: Denknetz-Jahrbuch 2012, Zürich

Vollgeldinitiative (19.12.2016): **Stellungnahme zur Botschaft des Bundesrates** *http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Stellungnahmen_deutsch/2016_12_19_Stellungnahme_zur_Bundesratsbotschaft_Vollgeld-Initiative.pdf*

Vollgeldinitiative (ohne Datum): **Erläuterungen zum Initiativtext** *http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Kampagne_deutsch/2014_06_03_Vollgeld-Initiative_Erlaeuterungen_zum_Initiativtext.pdf*

Vontobel, Werner (2015): **Vollgeld, voll daneben. Wir führen die falsche Debatte.** In Makroscope, *https://makroskop.eu/2015/10/vollgeld-voll-daneben-wir-fuehren-die-falsche-debatte/*

Wegelin, Yves (2014): **Wenn die Zentralbank alle Übel heilen soll. Besuch bei Joseph Huber, dem Vordenker der Vollgeldreform.** In: WOZ Nr 15/2014

* Autor dieser Ausgabe | **Beat Ringger**

DISKURS 24

Diskurs erscheint als Teil der Denknetz-Zeitung sowie separat online auf www.denknetz.ch. Die Links können online direkt aufgerufen werden. **Diskurs** unternimmt zu einem ausgewählten Thema eine Auslegeordnung mit Schwerpunkt auf kritischen Publikationen. Diskurs will damit interessante Einstiege in die eigene Lektüre anbieten. Wir bemühen uns, die Konturen der jeweiligen Debatten und Diskurse herauszuarbeiten. Einen Anspruch an Objektivität oder an Vollständigkeit können und wollen wir jedoch nicht erfüllen.

100 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION

GLIEDERUNG

- Die Russische Revolution als historisches Ereignis
- Gesamtdarstellungen der Geschichte der Sowjetunion
- Die Debatten um die Perspektiven der Russischen Revolution
- Die Stalinisierung und der Terror der 1930er-Jahre
- Die internationalen Auswirkungen
- Was war die Sowjetunion für eine Gesellschaft?
- Aktuelle Debatten und neuere Publikationen

Einleitung

Der vorliegende Diskurs will all jenen Unterstützung bieten, die sich ein eigenes Bild von der Russischen Revolution und ihren Implikationen machen wollen. Da es im Stalinismus zu den wohl umfassendsten Fälschungen der bisherigen Geschichtsschreibung gekommen ist, beschränken wir uns weitgehend auf die Literatur ausserhalb des direkten Einflussbereichs des Stalinismus. Die Fülle der verfügbaren Literatur ist trotzdem beinahe unermesslich. Viele der erwähnten Publikationen sind zudem vergriffen, obwohl sie für die Thematik von hohem Interesse sind. Die Aufnahme dieser Werke in den Diskurs dient unter anderem auch dem Zweck, sie im Gedächtnis zu halten. Die meisten der erwähnten Schriften sind antiquarisch problemlos und zu zahlbaren Preisen auffindbar. Eine umfassende Suchmöglichkeit bietet Wikipedia via ISBN-Nummer unter *https://de.wikipedia.org/wiki/Spezial:ISBN-Suche*. Hier wird einem eine breite Palette von Verzeichnissen, Händlern und Bibliotheken vorgestellt, mit denen man die Suche fortsetzen kann. Weitere Suchmöglichkeiten bietet die Online-Plattform ZVAB – Zentrales Verzeichnis Antiquarischer Bücher - die die Angebote von über 1000 Buchantiquariaten verbindet (*www.zvab.com*) und auf deutsche Bücher fokussiert. Auf internationaler Ebene leistet dies die International League of Antiquarian Booksellers ILAB (*www.ilab.org*). Manche Online-Buchvertriebe, wie z.B. Amazon beziehen auch antiquarische Anbieter mit ein.

Auf der Site *www.marxists.org* finden sich unzählige Online-Texte marxistischer AutorInnen und darüber hinaus eine Vielzahl von Texten auch bürgerlicher Provenienz. Englische Texte sind am besten vertreten. Es findet sich aber auch eine respektable Zahl deutscher Texte. Viele der Texte auf dieser Site beschäftigen sich mit der Russischen Revolution. Ebenso sei auf die Sammlung der Hoover Institution in Stanford, CA aufmerksam gemacht: *http://www.hoover.org/library-archives/collections/communism*.

Für viele wertvolle Hinweise zu diesem Diskurs danke ich herzlich Christoph Jünke, Hans Schäppi und Bernhard Walpen.

Ein Hinweis für jene, die sich zum ersten Mal mit der Russischen Revolution auseinandersetzen: Als mögliche Einstiegslektüre empfehlen sich folgende Bücher:

- E.H.Carr. Die Russische Revolution 1917 – 1929
- Isaac Deutscher. Die unvollendete Revolution
- Helmut Altrichter. Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991

1. Die Russische Revolution als historisches Ereignis

Der amerikanische Journalist John Reed (1087 – 1920) erlebte die Russische Revolution als Korrespondent und schrieb dazu eine fesselnde Reportage, die von der New York Times 1999 auf Platz 7 der hundert bedeutendsten journalistischen Werke des 20. Jahrhunderts gewählt wurde. Reeds Buch fiel unter Stalin der Zensur zum Opfer.
Das Buch ist antiquarisch in verschiedenen Editionen problemlos erhältlich und auch online verfügbar.

John Reed; Zehn Tage, die die Welt erschütterten. *Diverse Ausgaben*

Online unter
https://www.marxists.org/deutsch/archiv/reed/1919/10tage/

Siehe auch den Wikipedia-Eintrag
https://de.wikipedia.org/wiki/Zehn_Tage,_die_die_Welt_erschütterten

Trotzki legt eine kurze zeitgenössische Darstellung der Entwicklung von der Februarrevolution bis zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk vor. Die Schrift ist auf Deutsch antiquarisch auffindbar und auf Englisch online verfügbar.

Leo Trotzki: Von der Oktoberrevolution bis zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk
Diverse Ausgaben

Englisch unter
https://www.marxists.org/archive/trotsky/1918/hrr/index.htm

Leo Trotzki schrieb eine ausführliche Geschichte der Russischen Revolution, nachdem er 1929 von Stalin aus der Sowjetunion ausgewiesen worden war. Vielen gilt das Buch als ein Meisterwerk marxistischer Geschichtsschreibung.

Leo Trotzki. Geschichte der Russischen Revolution. *Neueste Ausgabe: Mehring-Verlag 2010*

Online verfügbar unter
https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1930/grr/

Medwedew, der bekannte systemkritische, sowjetische Historiker gibt eine gute Einführungs- und Überblicksdarstellung über die Russische Revolution 1917. Nur noch antiquarisch verfügbar.

Roi Medwedew: Oktober 1917*, Hamburg 1979*

Die Arbeit von Bonwetsch gilt als klassisches Überblickswerk der deutschen Geschichtswissenschaft und ist antiquarisch gut auffindbar.

Bernd Bonwetsch: Die Russische Revolution 1917. *Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt*

Sheila Fitzpatrick gilt als eine der führenden WissenschaftlerInnen der angelsächsischen Forschung zur neueren russischen Geschichte. Die Publikation gewährt einen guten Überblick über den neuesten Wissenschaftsstand und bietet zudem einen guten Einstieg in die Thematik (nur auf Englisch).

Sheila Fitzpatrick: The Russian Revolution. *Oxford 2008*

Von Fitzpatrick wurden eine Reihe weiterer interessanter Arbeiten publiziert, die im Wikipedia-Eintrag ersichtlich sind
https://en.wikipedia.org/wiki/Sheila_Fitzpatrick

Schröder und Karutscheit untersuchen in ihrer interessanten Arbeit, inwiefern die Russische Revolution durch eine westliche Brille und damit verzerrt interpretiert wird. Sie betonen den Einfluss, den die Sozialstrukturen der russischen Landwirtschaft auf die Revolution genommen haben und zeigen, dass der Verlauf der Ereignisse nur begrenzt zu steuern gewesen ist.

Alfred Schröder, Heiner Karuscheit. Das Revolutionsjahr 1917. *Hamburg 2017*

Rabinowitch gibt einen ausführlichen Einblick in das erste Jahr nach der Machtergreifung durch die Bolschewiki und verarbeitet dabei auch die Dokumente, die er nach dem Ende der Sowjetunion in den Archiven einsehen konnte. Die Arbeit bietet eine detailgetreue Sicht auf das erste Revolutionsjahr und macht die Schwierigkeiten deutlich, mit denen sich die junge Sowjetmacht konfrontiert sah. Rabinowitch schildert ausführlich die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linken Strömungen und veranschaulicht die Problematik in der Wahl mancher Mittel zur Machtsicherung.

Alexander Rabinowitch. Die Sowjetmacht. *Das erste Jahr. Essen 2010*

Im Herbst 1920 war klar geworden, dass die Sowjetregierung den Bürgerkrieg gewonnen hatte. Dieser Bürgerkrieg hatte allerdings verheerende ökonomische, soziale und politische Folgen, die durch den Hungerwinter 1921 noch verschärft wurden. Anfangs 1921 kam es zu verschiedenen Protesten und Revolten gegen die Fortsetzung des repressiven Regimes des Kriegskommunismus. Der Protest mündete im Aufstand der Garnison von Kronstadt (in unmittelbarer Nähe von Petrograd) im Februar/März 1921 und dessen anschliessender Niederschlagung durch die Rote Armee. Diese Ereignisse haben innerhalb der Linken zu heftigen Kontroversen geführt. Wie unterschiedlich die Bewertungen dabei ausfallen und wie viele Mythen und gegensätzliche Darstellungen dazu verbreitet sind macht ein Vergleich der Wikipedia-Einträge auf Deutsch und auf Englisch deutlich.

https://de.wikipedia.org/wiki/Kronstädter_Matrosenaufstand

https://en.wikipedia.org/wiki/Kronstadt_rebellion

Auf Englisch sind online eine ganze Reihe kontroverser Stellungnahmen zu Kronstadt verfügbar, die sich bei entsprechender Suche teilweise auch auf Deutsch im Netz auffinden lassen.

https://www.marxists.org/history/ussr/events/kronstadt/index.htm

Anweiler's Arbeit zur Geschichte und Rolle der Räte gilt als wichtige Referenzarbeit, ist aber leider antiquarisch nur noch vereinzelt erhältlich.

Oskar Anweiler. Die Rätebewegung in Russland 1905 bis 1921. *Leiden 1958*

Von der russischen Historikerin A. M. Pankratowa liegt eine zeitgenössische Studie zu den Betriebs- und Arbeiterkämpfen in der Revolution vor. Das Buch ist mehrfach auf Deutsch erschienen und antiquarisch auffindbar.

Anna M. Pankratowa: Fabrikräte in Russland. *Der Kampf um die sozialistische Republik (1923), Frankfurt/M. (Fischer) 1976*

David Mandel schildert den Aufstieg und die Bedeutung der Fabrikkomitees in Petrograd, bis hin zu ihrem Zerfall und ihrer Entmachtung in den ersten Monaten des Bürgerkriegs.

David Mandel. Die Bewegung der Fabrikkomitees in der Russischen Revolution. *In: Dario Azzellini/Immanuel Ness (Hrsg). Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute. Köln/Karlsruhe 2012.*

Richard Lorenz vereint in seinem Buch zahlreiche Dokumente der „Proletkult"-Bewegung und damit eines wichtigen Teils der sowjetrussischen Kulturrevolution der frühen Jahre.

Richard Lorenz (Hrsg.): Proletarische Kulturrevolution in Sowjetrussland (1917-1921). *Dokumente des ‚Proletkult', München 1969*

Helmut Altrichter hat eine mittlerweile klassische Sammlung zentraler zeitgenössischer Dokumente zu fast allen Aspekten von Revolution und Gesellschaftsaufbau herausgegeben. Altrichter ist ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universitat Erlangen-Nürnberg. Die Sammlung ist als Print nicht mehr erhältlich, hingegen online verfügbar.

Helmut Altrichter (Hrsg.): Die Sowjetunion. *Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod*
Band 1: Staat und Partei, München 1986
Band 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München 1987

Online unter
http://geschichte.digitale-sammlungen.de/sowjetunion/online/angebot

Der umfangreiche Dokumentenband von Kool/Oberländer, der v.a. die intensiven zeitgenössischen Diskussionen der russischen Parteiopposition („Arbeiteropposition'), sowie den Aufstand von Kronstadt dokumentiert, ist antiquarisch gut auffindbar.

Frits Kool/Erwin Oberländer (Hrsg.): Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. *Mehrere Ausgaben*

Auch ein weiterer umfangreicher Dokumentenband von Kool – der v.a. die intensiven zeitgenössischen Diskussionen der holländischen Marxisten Pannekoek, Gorter u.a. dokumentiert - ist antiquarisch verfügbar.

Frits Kool (Hrsg.): Die Linke gegen die Parteiherrschaft
Mehrere Ausgaben

Die Textsammlung von Haumann erschliesst auch eher unübliche Ebenen wie die Debatten um Utopien, Hoffnungen, Lebenswelten und Enttäuschungen.

Heiko Haumann (Hrsg.): Die Russische Revolution. *Köln, Weimar Wien 2007*

Fischer, der bis zum Hitler-Stalin-Pakt Anhänger der Stalin'schen Politik war und danach mit dem Stalinismus brach, legt eine bekannte Lenin-Biographie vor, die allgemein als nüchtern und sachlich beurteilt wird. Das Buch ist antiquarisch gut auffindbar.

Louis Fischer. Das Leben Lenins. *Köln, Berlin 1964 und verschiedene Ausgaben*

2. Gesamtdarstellungen der Geschichte der Sowjetunion

Edward Hallett Carr (1892 – 1982), englischer Historiker, verfasste eine der ausführlichsten Arbeiten über die frühe Geschichte der Sowjetunion. Die 14 Bände der History of Soviet Russia erschienen ab 1950 und decken den Zeitraum bis 1929 ab. Sein Werk fand in der englischsprachigen Welt grosse Resonanz, ist aber im deutschsprachigen Raum nur beschränkt zur Kenntnis genommen worden. Carr verfasste 1979 eine Zusammenfassung, die auch auf Deutsch übersetzt worden ist und sich als Einstiegslektüre gut eignet. Carr's Bücher sind antiquarisch zu vernünftigen Preisen erhältlich.

Edward Hallett Carr. Die Russische Revolution 1917 – 1929*. 184 Seiten. Stuttgart Berlin Köln Mainz 1979*

Edward Hallett Carr *(Mehrere Ausgaben);* ***The Bolshevik Revolution, 1917-1923,*** *Vol. 1-3*

Zu E.H. Carr und den Kontroversen zu seinem Hauptwerk siehe den englischen Wikipedia-Eintrag.

https://de.wikipedia.org/wiki/Edward_Hallett_Carr

Helmut Altrichter gibt eine knappe Übersicht über die Geschichte der Sowjetunion, die sich als Einstiegslektüre geeignet.

Helmut Altrichter. Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991. *München 1993*

Stalins ‚Kurzer Lehrgang' wurde zur zentralen Lektüre einer ganzen Generation von BürgerInnen der SU und Mitgliedern kommunistischer Parteien anderer Länder und spielte später auch im Maoismus eine prominente Rolle. Stalin und seine Helfer waren akribisch darauf bedacht, die Geschichtsschreibung in ihrem Sinn zu manipulieren. Sie schreckten dabei vor keinen Verzerrungen und Lügen zurück. Es ist illustrativ, sich diesen Lehrgang anzuschauen.

Josef Stalin. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) *– kurzer Lehrgang*

Online unter:
http://www.stalinwerke.de/geschichte/geschichte.html

Die Site stalinwerke.de, aufgeschaltet und unterhalten von ehemaligen Stalin-AnhängerInnen aus der DDR, gibt viele Einblicke in die Gedankenwelt des Stalinismus.

www.stalinwerke.de

Die beiden Biographien des polnischen Historikers Isaac Deutscher über Stalin und über Trotzki galten viele Jahre als Klassiker der Geschichtsschreibung über die Sowjetunion. Die Form der Biographie gewährleistet einen erlebnisnahen Zugang und kreist u.a. auch um die Frage nach dem Verhältnis der Geschichte und ihren prägenden ProtagonistInnen.
Während die Stalin-Biographie antiquarisch leicht auffindbar ist, ist die dreibändige Trotzki-Biographie leider nur noch schwer erhältlich, obwohl sie als eigentliches Hauptwerk von Deutscher gilt.

Isaac Deutscher. Trotzki. *Drei Bände. 1962 Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz*

Isaac Deutscher. Stalin. *Mehrere Ausgaben*

Zu Isaac Deutscher siehe auch die entsprechenden Wikipedia-Seiten. Wiederum lohnt es sich, den deutschen und den englischen Wikipedia-Eintrag zu vergleichen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Isaac_Deutscher

https://en.wikipedia.org/wiki/Isaac_Deutscher

Lorenz, bis 2001 Professor für osteuropäische Geschichte an der Gesamthochschule Kassel, konzentriert sich auf die Untersuchung der sozioökonomischen Entwicklung der Sowjetunion. Seine Arbeit bietet eine Fülle von Informationen, die analytisch gut aufgearbeitet und strukturiert sind. Die Bände sind antiquarisch gut auffindbar.

Richard Lorenz. Sozialgeschichte der Sowjetunion *(2 Bände)*

Reiman ist ein tschechischer Historiker, der sich u.a. im Prager Frühling engagierte und danach mit einem Berufsverbot belegt wurde. Reiman's Buch, eine anregende Entwicklungsgeschichte der SU, erörtert u.a. die oft diskutierte Frage, inwiefern die Geschichte der Sowjetunion von Brüchen und inwiefern sie von Kontinuitäten geprägt ist.

Michal Reiman: Lenin, Stalin, Gorbačev. *Kontinuität und Brüche in der sowjetischen Geschichte, Hamburg 1987*

Zu den Standardwerken gehört auch das Buch von Fernando Claudín, der lange Jahre führendes Mitglied der KP Spaniens war, in den Jahren nach 1956 jedoch zunehmend auf Distanz ging und 1965 aus der KP ausgeschlossen wurde.

Fernando Claudín. Die Krise der kommunistischen Bewegung*. Von der Komintern bis zur Kominform. 2 Bände. Berlin 1970*

Das umfangreiche Buch von Medwedew et al versammelt verschiedene Analysen und Dokumente im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956, an dem – drei Jahre nach Stalins Tod – die neue Führung um Chruschtschow sich vom Stalinismus absetzte. Das instruktive Buch ist leider nur noch schwer erhältlich.

R. Medwedew, R. Havemann, J. Steffen, u.a.: Entstalinisierung.
Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M. 1977

3. Die Debatten um die Perspektiven der Russischen Revolution

Nach der Abdankung des Zars und der Inaugurierung einer provisorischen, bürgerlichen Regierung Anfang März 17 war das Programm der Bolschewiki noch reichlich unklar. Eine Mehrheit war bereit, die provisorische Regierung zu stützen. Bei seiner Ankunft in Russland publizierte Lenin die Aprilthesen, die demgegenüber zum Sturz dieser Regierung aufriefen. Erst auf Basis dieser Thesen nahmen die Bolschewiki Kurs auf eine zweite, sozialistische Revolution.

Lenin's Aprilthesen:
https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/04/april.htm

Der orthodoxe, russische Marxist Plechanow vertrat eine pointierte Gegenposition, wonach die Russische Revolution nur eine bürgerliche sein könne und alle Versuche einer sozialistischen Revolution in unverantwortliche Abenteuer münden müssten.

Georgi Plechanow
https://www.marxists.org/deutsch/archiv/plechanow/1917/04/aprilthesen.html

In Deutschland äusserten sich vor allem Rosa Luxemburg und Karl Kautsky zur Russischen Revolution. Während Luxemburg eine kritisch-solidarische Haltung einnahm, wendete sich Kautsky vehement gegen die Bolschewiki.
Die entsprechende Schrift ‚Die Russische Revolution' von Luxemburg ist online verfügbar.

Rosa Luxemburg. Die Russische Revolution
http://www.mlwerke.de/lu/lu3_106.htm

Die wichtigsten Argumente dieser Debatten werden im Buch „Western Marxism and the Soviet Union" von Marcel van der Linden prägnant zusammengefasst (siehe weiter unten).

Preobraschenski war einer der führenden Ökonomen der KPdSU. Als die Sowjetregierung 1921 auf die Neue Ökonomische Politik (ein Mix aus Markt und Staat) umschwenkte, geschah dies ohne längerfristiges Konzept. 1922 schrieb daraufhin Preobraschenski seine als Rückschau aus der Zukunft angelegte Schrift über die ökonomischen Perspektiven der SU; allerdings beschränkt er sich weitgehend auf makroökonomi-

sche Betrachtungen, ohne z.B. demokratiepolitische Fragen einzubeziehen. Die lesenswerten Kommentare Bernd Rabehls stellen die Bezüge zu andern AutorInnen und zum realen geschichtlichen Verlauf her. Das Buch ist antquarisch gut verfügbar.

***Jewgeni Alexejewitsch Preobraschenski, UdSSR 1975. Ein Rückblick in die Zukunft**, Berlin 1975*
Mit zwei Beiträgen von Bernd Rabehl

Für einen Grossteil der linken TheoretikerInnen war klar, dass es nach einer sozialistischen Revolution zu einer Phase des Übergangs kommen müsse, bevor stabile sozialistische Verhältnisse entstünden. Das von Hennicke herausgegebene Buch umfasst dazu Beiträge von Wolf Rosenbaum, Peter Hennicke, Peter Bremer, Peter W. Schultze, Walter Lindner, Renate Damus, Branko Horvath, Richard Lorenz, Ernest Mandel, Maurice Dobb, M. Lewin, Christian und Siegrist Ajit Singh.

***Peter Hennicke (Hrsg). Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften.** Frankfurt 1973*

Einzelne Texte aus dem Buch sind auch online verfügbar, z.B. der Beitrag von Ernest Mandel (auf Englisch).

http://marxists.catbull.com/archive/mandel/1973/xx/10theses.htm

Eine zentrale Debatte im Bezug auf die Russische Revolution betrifft die Rolle der Partei und der revolutionären Avantgarde. Einige lesenswerte Aufsätze zur Thematik finden sich in einem Sammelband aus den 1970er Jahren, der antiquarisch noch gut verfügbar ist: Lenin, Revolution und Politik. Mattick entwickelt darin eine grundlegende Kritik an Lenin, während Rabehl im Gegenzug die Lenin'schen Konzepte verteidigt. Mandel schliesslich unternimmt den Versuch, die lenin'schen Konzept zu aktualisieren und auf den Kontext des fortgeschrittenen 20.Jahrhunderts umzulegen.

Lenin, Revolution und Politik
Aufsätze von Paul Mattick, Bernd Rabehl, Juri Tynjanow und Ernest Mandel. Suhrkamp-Verlag, 1970

4. Die Stalinisierung und der Terror der 1930er-Jahre

Das klassische Geschichtswerk des russischen Dissidenten Roi Medwedew zur Geschichte der Stalinisierung und des Terrors bietet den zusammenfassenden Forschungsstand bis Anfang der 1990er Jahre. In einer ersten Ausgabe aus dem Jahr 1971 hiess das Werk noch ‚Die Wahrheit ist unsere Stärke'.

***Roi Medwedew: Das Urteil der Geschichte,** 3 Bände, Berlin 1992*

Das 2008 erschienene, gut geschriebene Werk von Karl Schlögel, schildert das Jahr 1937 als Brennpunkt und Verdichtung der der Stalinisierung der SU. Schlögel, ehemaliger Aktivist in der maoistischen KPD, ist Professor emeritus für osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt a. d. Oder.

***Karl Schlögel: Terror und Traum.** Moskau 1937, München 2008*

Hedeler gilt als einer der besten Kenner der Geschichte der SU und bietet in seinem Buch eine sehr detaillierte und quellengestützte Chronik des thematischen Gesamtkomplexes der Moskauer Prozesse.

***Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938.** Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003*

Von ihm stammt auch der Sammelband zur neueren Geschichtsforschung über den stalinistischen Terror.

***Wladislaw Hedeler: (Hrsg.): Stalinscher Terror 1934-41**, Berlin 2002*

Die deutschen Historiker Weber und Mählert legen ebenfalls einen interessanten Sammelband zur neueren Geschichtsforschung über den stalinistischen Terror vor.

***Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee.** Terror im Kommunismus 1936-1938, Berlin 2007*

Reiman's Buch gilt als klassische Darstellung der Herausbildung von Stalins „zweiter Revolution" anhand von damals noch unveröffentlichten Archivmaterialien, die deutlich machen, wie tief der Bruch zwischen den 1920er und 1930er Jahre ist. Das Buch ist antiquarisch auffindbar.

***Michael Reiman: Die Geburt des Stalinismus.** Die UdSSR am Vorabend der ‚zweiten Revolution', Frankfurt/M. (EVA) 1979*

Ulf Wolter untersucht die ideengeschichtliche Entwicklung des Marxismus in Russland vor dem Hintergrund der ökonomischen Verhältnisse und setzt dabei den Schwerpunkt auf die Arbeiten von Lenin. Wolter bezeichnet den stalinistisch geprägten ‚Marxismus-Leninismus' als „falsche Aufhebung der Widersprüche des Leninismus".

***Ulf Wolter: Grundlagen des Stalinismus.** Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie. Berlin 1975*

Die vier Bände von Ulf Wolter dokumentieren die Schriften der linken Opposition in den Jahren von der Ausschaltung Trotzkis aus der Parteileitung bis zur Politik der Zwangskollektivierung und der forcierten Industrialisierung. Antiquarisch auffindbar.

***Ulf Wolter (Hrsg). Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923 – 1928.** 4 Bände. Berlin 1975-1977*

Der russische Philosoph und Autor Wadim S. Rogowin publizierte eine aufwändig recherchierte Geschichte der Opposition innerhalb der bolschewistischen Partei von 1924 bis zum Zweiten Weltkrieg. Rogowin zeichnet dabei detailliert nach, in welcher Logik sich die Terrorherrschaft Stalins entfaltete.

***Wadim S. Rogowin. Gab es eine Alternative?** Sechs Bände. Essen 2002*

Conquest's Arbeit gilt nach wie vor als wichtiges Werk in der Aufarbeitung der Zeit der Säuberungswellen und der Schauprozesse 1934 bis 1938, auch wenn der Autor (das Buch erschien 1968) nicht auf die Archive der Sowjetunion zugreifen konnte.

***Robert Conquest, Der Grosse Terror.** Sowjetunion 1934 bis 1938. München 2001*

Victor Serge, belgischer Anarchist, ging 1919 nach Russland und schloss sich den Bolschewiki an, später der linken Opposition innerhalb der KPdSU. Serge wurde 1927 aus der Partei ausgeschlossen und 1933 in die Verbannung geschickt. Aufgrund einer internationalen Solidaritätskampagne konnte er 1936 die SU verlassen. In einer Autobiographie legt er ein vielfältiges Zeugnis ab von den Ereignissen im nachrevolutionären Russland. Die Autobiographie ist neu aufgelegt worden.

Victor Serge; Erinnerungen eines Revolutionärs
Mehrere Ausgaben

Leonhard flüchtete als Kind mit seiner Mutter vor den Nazis nach Russland und schildert die schlimmsten Jahre des stalin'schen Terrors, den Hitler-Stalin-Pakt, die Kriegs- und Nachkriegszeit in Russland und der DDR. Nach dem Bruch Stalins mit Tito flüchtete Leonhard nach Jugoslawien. Auch dieses Buch ist in einer Neuerscheinung verfügbar.

Wolfgang Leonhard; Die Revolution entlässt ihre Kinder. *Mehrere Ausgaben*

5. Die internationalen Auswirkungen

Zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (Komintern) siehe die Wikipedia-Einträge. Es lohnt sich, den deutschen und den englischen Eintrag vergleichend zu lesen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Internationale
https://en.wikipedia.org/wiki/Communist_International

Viele der Originaldokumente der kommunistischen Internationale finden sich online. Auf Englisch bietet marxists.org eine gute Zusammenstellung, auf Deutsch gestaltet sich die Suche schwieriger.

Dokumente zu den Kongressen der Kommunistischen Internationale 1919 bis 1943
https://marxists.org/history/international/comintern/index.htm

Auf Deutsch erschienen sämtliche Thesen und Resolutionen der vier ersten Kongresse in Buchform im Intarlit-Verlag. Die Bücher sind allerdings nur noch in Bibliotheken auffindbar.

Die Kommunistische Internationale. Manifest, Thesen, Resolutionen*, Dortmund (Intarlit) 1978 &1984*

Der Historiker Arthur Rosenberg war bis 1927 führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, trat dann aber aufgrund der zunehmenden Stalinisierung aus. Er verfasste 1932 eine viel beachtete Geschichte des Bolschewismus. Rosenberg erläutert den historischen Kontext, die Entwicklung in Russland selbst, aber auch die Entwicklung der 3. Internationalen und die zunehmende Stalinisierung. Das Buch ist antiquarisch gut auffindbar.

Arthur Rosenberg. Geschichte des Bolschewismus. *Diverse Ausgaben*

Der österreichische Journalist Braunthal, von 1951-56 Sekretär der Sozialistischen Internationale, verfasste eine umfangreiche Geschichte der internationalen Zusammenschlüsse der ArbeiterInnenbewegung. Braunthal bietet u.a. eine Fülle von Informationen über die Auseinandersetzungen, die in der Folge der Gründung der 3. Internationale in den linken Parteien der verschiedenen Länder stattfanden.

Julius Braunthal. Geschichte der Internationale. *Berlin, 1974*

Theo Pirker ist Herausgeber eines Quellen- und Dokumentenbandes zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, mit umfangreicher Einleitung des Herausgebers. Pirker, christlicher Sozialist und Marxist, war Professor am soziologischen Institut der FU Berlin.

Theo Pirker (Hrsg.): Utopie und Mythos der Weltrevolution. *Zur Geschichte der Komintern 1920-1940, München 1964*

Die Neuauflage des erstmals 1983 erschienenen, umfangreichen Sammelbandes von Tariq Ali bietet sowohl Analysen der sowjetrussischen Geschichte als auch Analysen und Darstellungen der internationalen Versuche, die kommunistische Bewegung zu entstalinisieren, u.a. in Polen, Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei, Vietnam, Indien. Der Band umfasst Texte von N. Chruschtschow, Jossip Tito, Fernando Claudín, Leo Trotzki, Ernest Mandel, Michael Löwy, Perry Anderson u.v.a.

Tariq Ali (Hrsg.) The Stalinist Legacy. *It's Impact on Twentieth-Century World Politics, London 2013*

Das von Bayerlein herausgegebene Buch versammelt Artikel und Dokumente zu Hergang und Folgen des Hitler-Stalin-Pakts. Das Buch ist Teil einer Folge von Veröffentlichungen unter dem Titel ‚Archive des Kommunismus – Pfade des XX Jahrhunderts', Herausgegeben u.a. von E. Hobsbawm, M. Levin und H. Weber. Die Serie verarbeitet Dokumente, die seit der sogenannten ‚Archivrevolution' in den Archiven der ehemaligen Sowjetunion einsehbar sind. Die sechs bisher erschienenen Werke beschäftigen sich schwerpunktmässig mit den Wechselwirkungen deutscher und sowjetrussischer Politik.

Bernhard H. Bayerlein; „Der Verräter, Stalin, bist du!". *Berlin 2008*

Der Roman des Kubanischen Autors Leonardo Padura umfasst drei Erzählstränge: Das Leben des (fiktiven) Ich-Erzählers „Ivan", der im Kuba der 1970er-Jahre Schriftsteller werden wollte; Die Jahre der Verbannung und des Exils von Leo Trotzki 1927 – 1940; die Geschichte des von den stalinistischen Machthabern gedungenen Mörders von Trotzki, des spanischen Kommunisten Ramón Mercader. Das Buch schildert auf bedrückende Weise die Folgen der Stalinisierung auf den spanischen Bürgerkrieg, den Zweiten Weltkrieg und die Kubanische Revolution.

Leonardo Padura. Der Mann der seine Hunde liebte *(Roman). Zürich 2012*

Angelica Balabanoff arbeitete 1919 als Sekretärin der neuen Kommunistischen Internationale. In ihrem Buch zeichnet sie ein Bild von Lenin als unbeugsamen Revolutionär, dem alle Mittel recht waren, um seinen Standpunkt durchzusetzen.

Angelica Balabanoff. Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel. *2013 Berlin*

6. Was war die Sowjetunion für eine Gesellschaft?

Deutscher entwickelt in seiner Schrift aus dem Jahr 1967 eine Analyse der Russischen Revolution als letzte bürgerliche und gleichzeitig erste proletarische Revolution Europas. Im Anhang zum Buch findet sich zudem eine knappe Übersicht über den Verlauf der Russischen Revolution. Das Buch ist antiquarisch gut auffindbar.

Isaac Deutscher. Die unvollendete Revolution. *Hamburg 1981*

Trotzki kam 1936 zum Schluss, man müsse in der SU gegen die herrschende bürokratische Kaste eine politische Revolution anstreben mit dem Ziel, diese Kaste zu stürzen und demokratische Rechte und ein Mehrparteiensystem einzurichten. Trotzki veröffentlichte seine Analyse 1936 im Buch Die verratene Revolution.

Leo Trotzki. Die verratene Revolution. *Verschiedene Ausgaben antiquarisch gut verfügbar.*

Online unter
https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1936/verrev/

Siehe dazu auch den Wikipedia-Eintrag
https://de.wikipedia.org/wiki/Verratene_Revolution._Was_ist_die_Sowjetunion_und_wohin_treibt_sie?

Alec Nove vertritt die Ansicht, Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft seien in einem rückständigen Land nicht ohne Diktatur zu machen gewesen.

Was Stalin really necessary? Alec Nove
http://www.unz.org/Pub/Encounter-1962apr-00086

Manche AutorInnen gehen in die gegenteilige Richtung und weisen dem lenin'schen Parteikonzept und seiner Politik eine zentrale Verantwortung zu dafür, dass sich Stalin durchsetzen konnte. Beispielhaft dafür ist ein Aufsatz von Michel Brie in den Blättern für deutsche Politik, der auch online auffindbar ist.

Michel Brie. Vom „Unrechtsstaat" und der Tragödie des Parteikommunismus. *In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2014.*

Der Text ist online abrufbar unter
http://sp-so.ch/sites/sp-so.ch/files/documents/text_fuer_wrb_8.pdf

Tony Cliff, englischer Aktivist in der trotzkistischen Bewegung, analysiert die Sowjetunion als Staatskapitalismus.

Tony Cliff: Staatskapitalismus in Russland. *Eine marxistische Analyse. Frankfurt 1975*

Van der Linden legt einen wichtigen Sammelband vor, in dem die Debatten und Analysen der SU aus marxistischer Sicht systematisiert vorgestellt werden. Die Argumente der ausgewählten AutorInnen werden sorgfältig dargestellt. Die erste Auflage des Bandes ist 1992 auch auf Deutsch erschienen, aber schon lange vergriffen. Die überarbeitete und aktualisierte zweite Auflage ist leider nur auf Englisch erhältlich.

Marcel van der Linden: Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. *Der westliche Marxismus und die Sowjetunion, Frankfurt/M. 1992.*
Überarbeitete Neuauflage:
Western Marxism and the Sovietunion. *Chicago 2009*

Van der Linden präsentiert in einer kommentierten Anthologie Texte von Tony Cliff, Antonio Carlo, Hillel Ticklin, Leo Trotzki, Ernest Mandel und Chis Arthur.

Marcel van der Linden. Was war die Sowjetunion? *Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus. Wien 2007*

Die neue Anthologie von Jünke ist breit angelegt. Sie konzentriert sich auf die Präsentation massgebender Texte von 15 AutorInnen: Miliband, Bahro, Colletti, Rosdolsky, Negt, Mandel, Deutscher, Kuron/Modselewski, Kagarlitzky, Trotzki, Serge, Thompson, Lefebvre, Kofler und Rakowski.

Christoph Jünke (Hrsg). Marxistische Stalinismuskritik im 20. Jahrhundert. *Karlsruhe 2017*

7. Aktuelle Debatten und neuere Publikationen

Die Geschichtsschreibung zur Sowjetunion wird oftmals unterteilt in eine der Totalitarismus-Theorie folgende Schule und eine ‚revisionistische' Schule. Die Totalitarismus-Schule stellt die Formen totalitärer Herrschaft ins Zentrum ihrer Untersuchungen, während der „Revisionismus" von den konkreten ökonomischen und sozialen Prozessen ausgeht.
Lewin's abschliessendes Werk (er verstarb 2010) gilt als Klassiker einer ‚revisionistischen' Sicht, die dennoch nicht in den Determinismus abgleitet.

Moshe Lewin. The Soviet Century. *London 2005*

Lewin veröffentlichte im November 2007 einen längeren Artikel in Le Monde Diplomatique, der auch als Essenz seines Buches gelesen werden kann.

Moshe Lewin. Natürlich war der Sozialismus in Russland unmöglich. *Über die Verwandlung einer revolutionären Partei in eine Klasse von Buchhaltern. In: Le Monde Diplomatique, November 2007.*
http://monde-diplomatique.de/artikel/!217832

Zu Lewin und seinem Werk siehe auch den Wikipedia-Eintrag:
https://de.wikipedia.org/wiki/Moshe_Lewin_(Historiker)

Das Buch von Figes, das ebenfalls den Anspruch auf eine Gesamtsicht erhebt, hat weithin Beachtung gefunden, macht jedoch bei der Lektüre einen konfusen Eindruck. Figes ist nicht in der Lage, Logik und Dramatik der Entwicklung der Sowjetunion aufzuspüren; das Werk wirkt eher wie eine Aneinanderreihung von Geschichten.

Orlando Figes. Hundert Jahre Revolution. *Berlin 2014*

Baberowski hat mehrere kontroverse Schriften zum Stalinismus veröffentlicht. Baberowski's Erklärungsmuster kreisen um die Macht der Ideologie (2007) und um die physische Gewalt als Herrschaftsinstrument (2014). Ihm wird vorgeworfen, diese Erklärungen nicht in der konkreten Sozialgeschichte zu verankern.

Jörg Baberowski. Der Rote Terror. *Geschichte des Stalinismus. Frankfurt a.M. 2007*

Jörg Baberowski. Verbrannte Erde. *Frankfurt a.M. 2014*

Baberowski's Thesen, zumal diejenigen, die dem Buch „Verbrannte Erde" zugrunde liegen, werden in der Geschichtswissenschaft stark diskutiert, beispielsweise im Heft 4 (April) 2012 der Zeitschrift Osteuropa, einem Sonderheft zum Thema Stalin und Stalinismus.

Zeitschrift Osteuropa. Im Profil: Stalin, der Stalinismus und die Gewalt.
www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2012/4

Baberowski, der selbst einstmals dem maoistischen KBW angehört hatte, wird auch von links scharf kritisiert. Stellvertretend dafür Christoph Vandreier auf der World Socialist Website.

Christoph Vandreier. Jörg Baberowski's Geschichtsfälschung. *World Socialist Website. Vom 12. September 2015*
https://www.wsws.org/de/articles/2015/09/12/babe-s12.html

Die Studie von Felix Schnell erschien in der Reihe ‚Studien der Gewaltgeschichte des 20. Jhdts', ausgewählt von Jörg Baberowski, Bernd Greiner und Michael Wildt. Schnell bietet eine Fülle konkreter Beschreibungen, die ein lebhaftes Bild der Zustände in einem wichtigen Teil Russlands vermitteln. Die methodische Verarbeitung ist allerdings höchst fragwürdig: Die offen ausgeübte Gewalt wird nicht mit strukturellen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen in Verbindung gebracht.

Felix Schnell. Räume des Schreckens. *Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905 bis 1933*

Für einiges Aufsehen sorgte der Sammelband Lenin Reloaded, der 2014 von Budgen, Kouvelakis und Žižek herausgegeben worden ist. Zum ersten Mal seit längerem unternehmen es diverse AutorInnen (darunter neben den Herausgebern Alain Badiou, Alex Callinicos, Terry Eagleton, Fredric Jameson, Kevin B. Anderson, Etienne Balibar, Antonio Negri und weitere), Lenin wieder neu zu lesen, nachdem es viele Jahre lang zum Kanon vieler linker AutorInnen und PolitikerInnen gehört hatte, sich von Lenin und den Avantgarde-Konzepten pauschal zu distanzieren.

Sebastian Budgen, Stathis Kouvelakis, Slavoj Žižek. Lenin Reloaded. *Hamburg 2014*

Jünke konstatiert einen ‚langen Schatten des Stalinismus', eine Renaissance von Anschauungen, die die Politik Stalins rechtfertigen, und gleichzeitig einen deutlichen Einbruch der kritischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Jünke setzt sich in seinem Buch u.a. mit Isaac Deutscher, Georg Lukacs, Leo Kofler, Domenico Losurdo, Luciano Confora und Boris Kagarlitzki auseinander.

Christoph Jünke. Der lange Schatten des Stalinismus. *Köln/Karlsruhe 2007*

Von der Gruppe INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff) liegt ein Sammelband mit neueren Beiträgen zur Kritik an Russischer Revolution, Stalinismus und Realsozialismus vor.

Gruppe INEX (Hrsg.): Nie wieder Kommunismus? *Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster 2012*

Ähnlich ein zweiter Sammelband mit zahlreichen neueren Beiträgen aus der deutschen Linken zur kritischen Historisierung von russischer Revolution, Stalinismus und Realsozialismus.

Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (Hrsg.): Was tun mit Kommunismus? *Kapitalismus, „Real existierender Sozialismus", Konkrete Utopien heute, Münster 2013*

Hendrik Wallat, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Leibzig, konzentriert sich auf linkssozialistische, rätekommunistische und anarchistische Kritiken am Bolschewismus, den er als „Inbegriff des Scheiterns kommunistischer Emanzipation" bezeichnet.

Hendrik Wallat: Staat oder Revolution. *Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik, Münster 2012*

Bini Adamczak legt ein politisches Essay vor, das der Betroffenheit über den umfassenden Terror Stalins ebenso Ausdruck gibt wie der Herausforderung, trotzdem Kommunistin zu sein.

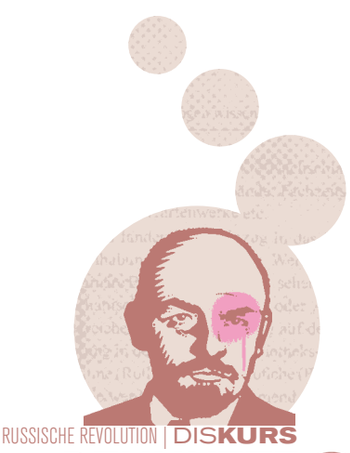
Bini Adamczak. Gestern Morgen: Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft. *Münster 2011*

Kasakow untersucht die These, in den Monaten nach der Oktoberrevolution habe es eine starke linke Bewegung von unten gegeben (Fabrikkomitees, Räte, Protestbewegungen), die von den Bolschewiki unterdrückt worden sei. Er konfrontiert sie mit den neueren Auswertungen des Archivmaterials und kommt zum Schluss, dass die These der Realität nicht standhält.

Ewgeniy Kasakow. Bewegung versus Avantgarde? *Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution. In: PROKLA 187, Juni 2017*

Deppe unternimmt den Versuch, revolutionäre und konterrevolutionäre Zyklen in ihrer Gesamtheit zu untersuchen. Seine Betrachtung beginnt mit der Französischen Revolution und endet in der Gegenwart. Der Russischen Revolution widmet er besondere Beachtung. Deppe's Arbeit überzeugt durch die geschärfte Sicht auf die Konterrevolution und durch den historischen Gesamtbogen, der aufgespannt wird.

Frank Deppe. 1917 / 2017. Revolution und Gegenrevolution. *Hamburg 2017*



Wer verändert die Welt? Und mit wem?

Emanzipation und Identität

Von **Beat Ringger**

Der nachstehende Text beschäftigt sich mit dem Kampf gegen Diskriminierungen, mit gesellschaftlichen und politischen Identitäten und mit ihrem Verhältnis zu einer aufs gesellschaftliche Ganze zielenden, fortschrittlichen Politik. Diese Themen haben am Reclaim-Democracy-Kongress vom Februar 2017 einen breiten Raum eingenommen. In der Folge sind die Diskussionen bei verschiedenen Gelegenheiten fortgeführt worden. Der nachstehende Text ist ein Ergebnis dieser Diskussionen. Für Rückmeldungen zum Text danke ich insbesondere Dolores Zoé Bertschinger, Ruth Daellenbach, Ruth Gurny, Waldo Badassare Scholari, Therese Wüthrich und der Denknetz-Kerngruppe. Die Verantwortung für die Aussagen liegt einzig beim Autor.

Gegenwärtig sind wir mit mehreren, ineinander verwobenen Entwicklungen konfrontiert. Seit 1968 haben Bewegungen, die sexistische und rassistische Diskriminierungen bekämpfen, historisch bedeutsame Fortschritte erzielt. Dabei sind neue Achtsamkeiten und Differenzierungen entstanden, zum Beispiel im Hinblick darauf, wie verschiedene Formen der Diskriminierung ineinandergreifen (Intersektionalität). Gleichzeitig hat jedoch im Zuge der neoliberalen Revolution der ökonomische Konkurrenzdruck zwischen Wirtschaftsstandorten, Unternehmen und Individuen erheblich zugenommen. Dies hat neuen Nährboden geschaffen für Verteilungs- und Machtkonflikte und ihre rassistische, kulturalistische und sexistische Aufladung. Einerseits war der Einfluss anti-diskriminatorischer Bewegungen auf die gesellschaftlichen Debatten und Politiken wohl noch nie so ausgeprägt wie heute. Andererseits befeuern die verschärfte globale ökonomische Konkurrenz und neoimperiale Politiken die ethnische, kulturelle oder religiöse Aufladung von Konflikten immer wieder von neuem. Im Ergebnis ist eine oft verwirrende Gemengelage entstanden, die Anlass zu vielen Missverständnissen gibt und zu manchen Manipulationen einlädt.

Seit Beginn der neoliberalen Ära werden widerstandsfähige Kollektive und ihre Organisationen (Belegschaften, soziale Bewegungen, Gewerkschaften etc) verstärkt bekämpft, und es wird versucht, sie im öffentlichen Diskurs unsichtbar zu machen. Als zentraler Bezugsrahmen dient die Ideologie eines selbstregulierenden Marktes, der nur isolierte, „selbstverantwortliche" MarktteilnehmerInnen zulässt. Die dadurch entstehende Vereinzelung der Menschen schafft umgekehrt neue Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, die sich in verschiedensten Richtungen orientieren.

Gleichzeitig sehen wir uns mit einer tiefen Krise der emanzipatorisch-politischen Programmatik konfrontiert. Viele Bewegungen, die auf eine Weitergestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängen sind erheblich geschwächt worden (ArbeiterInnenbewegung, Völker in antikolonialen Kämpfen, Umweltbewegung, Frauenbewegung).

Für die Linke stellen sich in dieser Lage wichtige Fragen. In welchem Verhältnis stehen verschiedene Dimensionen von Unterdrückung und Ausbeutung? Wie kann eine politische Programmatik gestärkt werden, die wieder auf das gesellschaftliche Ganze zielt, und wie verhalten sich dabei feministische, LGBTQ-, antirassistische, soziale und ökologische Anliegen zueinander? Wie kann es gelingen, soziale und politische Kräfte so zu formieren, dass sie im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Ziele neue Durchschlagskraft gewinnen?

Die folgenden Thesen sind ein Versuch, im Hinblick auf diese Fragestellungen eine tragfähige Grundhaltung zu artikulieren. Im Anhang zu den Thesen erläutern wir einige Begriffe, die wir im Text verwendet haben.

(1) Die raison d'être der Linken ist ein emanzipatorisches gesellschaftspolitisches Programm, das gleichermassen universalistisch, global, nicht-herrschaftsförmig und demokratisch ist und auf die generelle Überwindung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zielt. Die Verwirklichung dieses Programms wird möglicherweise nie vollständig gelingen. Als emanzipatorischer Horizont aber ist es unverzichtbar. Es ist Ankerpunkt und Voraussetzung dafür, dass das Gesellschaftliche überhaupt positiv weitergedacht und weiterentwickelt werden kann. Die Linke ist damit der Garant einer humanen gesellschaftlichen Perspektive.

(2) Linke Politik wendet sich gegen jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung, sei sie sexistischer, rassistischer, sozialer, nationalistischer oder ökonomischer Art. Im Kampf gegen diese Diskriminierungen entstehen emanzipatorische identitäre Dimensionen, die

von der Linken vorbehaltlos mitgetragen werden müssen: unterdrückte Nationen formieren sich als unterdrückte Nationen, Frauen als Frauen, Schwarze als Schwarze, um für ihre Kämpfe Kraft zu schöpfen.

3 Manche Diskriminierungen gehen hunderte oder tausende von Jahren zurück. Entsprechend stark sind sie in Institutionen, Sprache, Kultur und Alltagsverhalten verankert. Ihre Überwindung ist eine vielschichtige, und prozesshafte Aufgabe, die einen langen Atem erfordert. Werden gesellschaftliche Identitäten jedoch losgelöst von der Frage nach den sozialen Verhältnissen, nach Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung konzipiert, also essentialistisch verstanden, so entsteht ein Sog, Eigenheiten und Zuschreibungen als solche zu bewerten, als problematisch oder als gewünscht zu markieren und gegen andere Identitäten abzugrenzen. Die Linke wendet sich klar gegen alle Formen einer solchen essentialistischen Konzeption und den daraus abgeleiteten ausschliessenden Identitätspolitiken. Ziel ist vielmehr das genaue Gegenteil: Das Ende der Verquickung von Partikularinteressen und identitären Zuschreibungen und die bewegliche, aufeinander bezogene Vielfalt des menschlichen Lebens. Geht dieses Ziel verloren, dann droht die Differenz zum bestimmenden Moment zu werden. In letzter Konsequenz führt dies zum Kampf aller gegen alle.

4 Das Kapitalistische ist ein gesellschaftliches Grundverhältnis, das auf die permanente Steigerung der Verwertung der Menschen (ihrer Arbeitskraft, ihrer Bedürfnisse, ihrer Körper, ihrer Daten) angelegt ist. Unter demselben Verwertungsdruck stehen auch die natürlichen Ressourcen und die Lebensräume. Das Kapitalistische erzeugt deshalb stets von neuem massive gesellschaftliche Verwerfungen und setzt destruktiven Kräfte frei, die in gesteigerter Ausbeutung, Diskriminierung, Umweltzerstörung, Gewalt und Krieg münden. Entsprechend

> “Manche Diskriminierungen gehen hunderte oder tausende von Jahren zurück”

ist das Kapitalistische die für alle Menschen unausweichliche, zentrale Herausforderung der Gegenwart. Im Zuge der Überwindung des Kapitalistischen gilt es deshalb, verschiedene Ziele miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen: Umweltschutz, Gutes Leben für alle, Überwindung von Diskriminierungen, gerechte Verteilung von Ressourcen und Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Solche Politiken stossen auf den oft erbitterten Widerstand der Herrschenden und ihrer Entourage. Es ist für die linke Politik deshalb unausweichlich, sich mit der herrschenden Klasse der KapitaleignerInnen zu konfrontieren, also Klassenkampf zu führen. Linke Politik ist multidimensional und weit mehr als Klassenkampf. Aber ohne Klassenkampf ist linke Politik nichts.

5 Klassenkampf wird oft gleichgesetzt mit dem Bild von den Streiks einer meist männlichen, grösstenteils weissen Industriearbeiterschaft im 20. Jahrhundert. Eine solche Vorstellung negiert die grossen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. In vielen Branchen sind die abhängig Beschäftigten heute mehrheitlich Frauen. Die Zentren haben sich von der Industrie in die Dienstleistungen verlagert. Die Bedeutung der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit ist erheblich gewachsen. Der Feminismus muss die ‚klassische ArbeiterInnenbewegung‘ als Substrat gemeinsamer Kämpfe ergänzen und teilweise ablösen. Bedeutsam ist dies auch im Hinblick auf eine umfassende gesellschaftliche Emanzipation, auf eine Gesellschaft der Sorgsamkeit und des Care.

6 Auch innerhalb der subalternen Klassen sind manche diskriminierenden Praxen weit verbreitet: Männer verteidigen ihre Positionen gegen die Ambitionen von Frauen, inländische Arbeitsleistende wenden sich gegen MigrantInnen und Erwerbslose, die Bevölkerungen des imperialen Nordens stellen sich hinter die ökonomische Ausbeutung und militärische Unterdrückung des globalen Südens. Umso wichtiger ist es für die Linke deshalb, dem Sog von gruppenegoistischen Politiken zu widerstehen und dafür einzutreten, dass sich die vielfältigen emanzipatorischen Kämpfe untereinander verbinden. Dies wird teilweise dadurch erleichtert, dass Menschen stets gleichzeitig in verschiedenen Rollen und Spannungsfeldern stehen: In einer Streikerfahrung oder in einem Kampf gegen die Umweltverschmutzung machen Leute ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens gemeinsame Erfahrungen des Widerstands und der Solidarität.

7 Die Klassenfrage ersetzt die Auseinandersetzung mit Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Nation, Rasse oder Religion in keiner Weise. Die Überwindung des Kapitalismus wird per se keineswegs jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung oder Diskriminierung aus der Welt schaffen. Solche Konflikte könnten sogar umso deutlicher zu Tage treten, sobald die Klammer der kapitalistischen Zwänge entfällt. Nun müssen zwingend Politiken entwickelt werden, die sämtliche emanzipatorische Anliegen einschliessen und gleichzeitig den Geboten der Nachhaltigkeit genügen, was im Gesamtinteresse der Menschheit unerlässlich ist. Das ist eine grosse Herausforderung und wird nicht konfliktfrei ablaufen. Klar ist, dass ein globaler emanzipatorischer Horizont sich nicht am gegenwärtigen verschwenderisch-konsumistischen Lebensentwurf der auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basierenden „imperialen Lebensweise“ breiter Bevölkerungsteile des globalen Nordens (und zunehmend auch der Mittelschichten in „Schwellenländern“ des globalen Südens) ausrichten kann. Materielle und strukturelle Privilegien des Nordens müssen in neue Formen des Zusammenlebens gewandelt werden; ohne eine solche gesamtgesellschaftliche Transformation wird das gute Leben für alle nicht realisierbar sein.

8 Diskriminierende Praxen sind immer noch tief in den ökonomischen, institutionellen und kulturellen Realitäten verwurzelt und spiegeln sich im Alltag. Solche alltägliche Praxen müssen mit der Zielrichtung einer Emanzipation alles Menschlichen bearbeitet werden. Männer, Weisse und/oder Vermögende sind in besonderem Masse aufgerufen, den Kampf gegen Diskriminierungen und die dabei entstehenden vielfältigen Formen der Selbstermächtigung mit Ressourcen, Care-Arbeit und Solidarität zu unterstützen. Vielfältig diskriminierende Realitäten lassen sich jedoch nicht alleine durch individuelle Willensakte aus der Welt schaffen. Ihre Überwindung kann nicht einfach den einzelnen Menschen überbürdet werden. Ambivalenzen und Widersprüche in den Lebenswelten sind unvermeidlich. Dies gilt auch für linke AktivistInnen. Widersprüche und Konflikte sollen offen benannt und verhandelt werden, ohne Vorspielen falscher Harmonie und ohne Verklärungen.

(9) Linke Politik ist für das Gelingen auf starke emanzipative Resonanzräume angewiesen. Resonanzräume greifen das Bedürfnis der Menschen nach einer Welt auf, die auf ihre Anliegen antwortet und in der sie willkommen sind. Ohne solche Resonanzräume verlieren sich die Menschen in der neoliberal verordneten Vereinsamung. Emanzipatorische Resonanzräume werden gebildet und gefördert durch gemeinsame Visionen, durch Organisationen, durch politische Bewegungen und ihren kulturellen Ausdruck. Wir brauchen Netzwerke und Diskursräume, um dabei auch auf das Ganze der gesellschaftlichen Verhältnisse zielen können. Dazu gehört auch, bei sozialen Auseinandersetzungen breite Bündnisse anzustreben, um an Kraft und Wirkmacht zu gewinnen. Fehlen allerdings die Resonanzräume und die sozialen Kräfte, die einem emanzipatorischen Projekt Glaubwürdigkeit verleihen, dann ist ein Grossteil der Leute zumindest punktuell bereit, sich auf nationalistische oder religiöse Angebote einzulassen in der Hoffnung, damit die eigene soziale Lage zu verbessern oder zumindest Verschlechterungen abzuwenden.

> „Emanzipatorische Resonanzräume werden gebildet und gefördert durch gemeinsame Visionen"

(10) So wie es kein gutes (d.h. widerspruchsfreies) Leben in „schlechter Gesellschaft" gibt, so gibt es auch keine gute, d.h. widerspruchsfreie Politik in der „schlechten Politik". Linke Politik ist immer wieder mit Ambivalenzen behaftet, muss Kräfteverhältnisse berücksichtigen und Kompromisse eingehen. Wenn linke Politik dabei jedoch die emanzipative Veränderung der gesamten Gesellschaft aus den Augen verliert, degeneriert sie und wird von den herrschenden Verhältnissen vereinnahmt. In den Ländern des globalen Nordens geht eine solche Degeneration praktisch immer einher mit der Anpassung an einen Nationalismus, der als Legitimationsbasis für ausbeuterische und imperiale Praxen dient. Ein solcher Nationalismus ist oft gerade dann erfolgreich, wenn die Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsteile prekarisiert werden. Er gaukelt vor, der eigenen Bevölkerung im internationalen Standortwettbewerb und im Kampf gegen die Fremden Vorteile zu verschaffen. Im Gegensatz zu den herrschenden Klassen sind diese ‚Vorteile' für die breite Bevölkerung jedoch meist spärlicher Natur. Vor allem aber ist der Preis hoch: Das Gift des Nationalismus legitimiert Fremdenfeindlichkeit und zersetzt den Resonanzraum einer solidarischen Politik.

(11) Auch auf individueller Ebene ist der Begriff der Identität ambivalent. Er unterstellt eine psychologische Geschlossenheit des Individuums, die so nicht existiert. Die Psyche ist – mal weniger, mal stärker – von Widersprüchen und inneren Kämpfen geprägt, wie jede und jeder aus eigener Anschauung weiss. Die Aussensicht, die die Leute von sich präsentieren, darf nicht mit ihrem ganzen psychischen Geschehen verwechselt werden. Beispielsweise kann der Frust darüber, sich den Mächtigen untergeordnet und dabei die eigenen Wünsche verraten zu haben, in einem nationalistischen WutbürgerInnentum seinen Ausdruck finden. Der Frust verschwindet mit der Wut

aber nicht. Die damit verbundenen Energien können immer wieder auch für rationale gesellschaftliche Perspektiven mobilisiert werden. WutbürgerInnen werden allerdings nicht dadurch erreicht, dass man ihre „Ängste ernst nimmt". Auf diese Weise wird nur die Position „verständnisvoller Eliten" markiert, die sich über den „verängstigten Plebs" stellen. Wenn schon kann man Ängste teilen (oder auch nicht). WutbürgerInnen sollten aber vor allem auch damit konfrontiert werden, dass sie dem alten Spiel des „Teile und Herrsche" verfallen und damit die Eliten stärken, die sie anscheinend bekämpfen wollen.

(12) Eine der bedeutendsten Niederlagen des 20.Jahrhunderts betrifft die antikolonialen und antiimperialen Kämpfe in den Ländern des globalen Südens, deren Anliegen im Neoliberalismus weitgehend aufgerieben worden sind. Die vorherrschende Weltpolitik trägt wieder offen imperialen Charakter und bedient sich einer kulturalistischen und religiösen Aufladung von Konflikten, um säkulare Alternativen aus dem Weg zu räumen. In Verbindung mit der neoliberalen Dekonstruktion von ökonomisch und sozial aktionsfähigen Staaten im globalen Süden hat dies zu einer Eskalation von Konflikten geführt, deren friedliche Beilegung gegenwärtig oft aussichtslos erscheint.

(13) Es ist wesentlich diesem Sog des imperialen Nationalismus zuzuschreiben, dass die Linke eine ihrer wichtigsten Errungenschaften weitgehend verloren hat: ihren Internationalismus. Die Formel der internationalen Solidarität erscheint als verstaubte Erinnerung an das 20.Jahrhundert. Die globalisierungskritische Bewegung der Jahrtausendwende oder später die Occupy-Bewegung wollten zwar die internationale Dimension wieder erschliessen. Sie blieben jedoch zu schwach, um den Internationalismus wieder dauerhaft und kraftvoll zu verankern. Wir brauchen jedoch globale Bewegungen, Netzwerke und Organisationen, die in der Lage sind, die internationale Solidarität wieder zu einer wirksamen Praxis zu machen. Erst in einer solchen solidarischen und internationalen Praxis kann das genuine linke Programm der „Menschwerdung des Menschen" (Karl Marx) nachhaltig Gestalt annehmen.

> Soziale Klassen sind bestimmt durch die Stellung, die die Menschen in ökonomischen Verhältnissen einnehmen.

Anmerkungen zu einigen Begriffen

Die Linke

Wir verwenden in diesen Thesen einen normativen (und keinen empirischen) Begriff der Linken. Mit der ‚Linken' bezeichnen wir eine gesellschaftspolitische Bewegung, die ein Programm für die Befreiung aller Menschen von allen Formen der Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung verfolgt. Eine solche Linke ermittelt immer wieder – und teilweise kontrovers – wie eine universelle emanzipatorische Programmatik in den konkreten Politiken umgesetzt werden soll. Sie setzt sich selbstkritisch mit den dabei gemachten Erfahrungen und mit ihrer eigenen Geschichte auseinander.

Klasse

Herrschaft ist darum bemüht, Herrschaft zu verschleiern. Entsprechend kennt die bürgerliche Ökonomie keine Kategorien von Macht oder Herrschaft, und es ist nicht erstaunlich, dass der ideologische Mainstream die Begriffe der Klasse und des Klassenkampfes beständig zu diskreditieren versucht. Leider hat auch der Stalinismus dazu beigetragen, das klassische linke Vokabular in Verruf zu bringen. In dieser Konstellation weichen viele auf andere Begriffe aus, etwa denjenigen der Eliten. Dadurch wird der Diskurs jedoch nicht geschärft, wie sich in den neueren Debatten erweist: Seit einigen Jahren befleissigen sich auch die RechtsnationalistInnen eines ausgesprochen antielitären Diskurses und prägen diesen zunehmend.

Gerade in einer Debatte um identitäre Politiken scheint es uns nun aber besonders wichtig, mit klaren Begriffen zu argumentieren. Deshalb unser Entscheid, die Begriffe der Klasse und des Klassenkampfes zu verwenden. Soziale Klassen sind bestimmt durch die Stellung, die die Menschen in den ökonomischen Verhältnissen einnehmen. Das Handeln und der Horizont der herrschenden Klassen ist in hohem Masse geprägt vom Willen, die eigene ökonomische Macht zu sichern und auszuweiten. Wenn nun subalterne Klassen, sich für die eigenen Interessen und/oder für die allgemeinen Interessen der Menschheit (z.B. Umweltschutz) einzusetzen, sehen sie sich unmittelbar mit diesem Herrschaftswillen konfrontiert. Soziale Auseinandersetzungen haben deshalb den Charakter von Klassenkämpfen.

Das Kapitalistische

Der Begriff des Kapitalistischen bezeichnet den ökonomischen Funktionskern, der sich in einer simplen ökonomischen Anweisung ausdrücken lässt: Schaffe aus Geld noch mehr Geld, indem du Waren produzieren lässt und sie dann auf (mehr oder weniger freien) Märkten verkaufst, und sei dabei besser als deine Konkurrenz. Aufbauend auf diesem Funktionskern ergibt sich der Kapitalismus, ein ökonomisches, gesellschaftliches, kulturelles, ideologisches und staatliches Ensemble. Mit dem Begriff des Kapitalismus (der natürlich weiterhin seine Berechtigung hat) wird jedoch oft eine Geschlossenheit und Unveränderlichkeit suggeriert, die die Stabilität dieses Systems überzeichnet. Denn das Kapitalistische muss jeden Tag aufs Neue reproduziert und gegen eine Vielfalt von Widerständen durchgesetzt werden. Bleiben die Widerstände vereinzelt, werden sie gebrochen. Für eine offene Auseinandersetzung mit der Reproduktion des Kapitalistischen ist es deshalb notwendig, dass sich die Menschen in gemeinsamen Resonanzräumen kollektiv artikulieren, organisieren und stark machen.

Resonanzraum

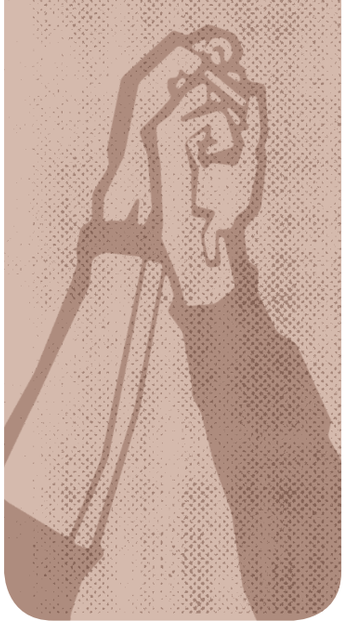
Resonanzräume greifen das tiefe Bedürfnis der Menschen nach einer Welt auf, die auf ihre Anliegen antwortet, einer Welt, in der sie willkommen sind. Linke Politik muss Resonanzräume bereitstellen, in denen sich Menschen verschiedenster Herkunft wiederfinden und in denen sich das universelle Bestreben ausdrückt, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu überwinden. Durch geeignete Bewegungs- und Bündnispolitik kann und soll versucht werden, den jeweiligen Resonanzraum vor dem universellen emanzipatorischen Horizont so breit werden zu lassen, wie das den jeweiligen inhaltlichen Anliegen entspricht. Dabei geht es unter anderem auch darum, die Potentiale zu erschliessen, die in den Zwischenräumen des Politischen, im „Ausserhalb" der Tagespolitik und der monothematischen Organisationen/Bewegungen angelegt sind: Am „Stammtisch", in der „Zivilgesellschaft", in (Online-)Communities, in sozialen und politischen Netzen, in Diskurszusammenhängen etc. *

Soziale Sicherheit unter Druck

Denknetz schlägt Garantierte Grundsicherung für alle vor

Von **Urs Chiara, Ruth Gurny, Ueli Tecklenburg**

Seit Jahren werden in der Schweiz die Einrichtungen der Sozialen Sicherheit unter Druck gesetzt. Besonders trifft es Einrichtungen für Menschen, die keine oder ungenügende Erwerbseinkommen erzielen können. Der Leistungsabbau trifft mal die Arbeitslosenversicherung, dann die Invalidenversicherung, dann wieder die Arbeitslosenversicherung, dann die Sozialhilfe. An der Reihe sind gegenwärtig die Ergänzungsleistungen (EL) und erneut die Sozialhilfe. Viele Menschen, die Unterstützung benötigen, geraten darob in immer grössere Nöte. Etliche von ihnen werden in eine Abwärtsspirale von Armut, Krankheit, sozialer Isolation und psychischen Problemen gestossen. Bislang haben sich die bürgerlichen PolitikerInnen von diesen Folgen unberührt gezeigt. Um aus der Defensive herauszufinden schlägt die Fachgruppe Sozialpolitik des Denknetz vor, nun ein Gegenprojekt zu lancieren: Die Garantierte Grundsicherung für alle. Zum besseren Verständnis sind die verschiedenen, im Artikel erwähnten Sozialwerke in einem Glossar erläutert.



Zwar ist die Unternehmenssteuerreform, die zu steuerlichen Mindereinnahmen von mindestens drei Mia Franken pro Jahr geführt hätte, in der Referendumsabstimmung gescheitert. Doch auch die von Bundesrat präsentierte neue Reform („Steuervorlage 17") wird (sollte sie denn in Kraft treten) zu Einbussen bei den Steuereinkommen führen. Da dürfte es kein Zufall sein, dass im Bundesparlament neue Sparmassnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit debattiert werden. Die in Diskussion stehende Reform der Ergänzungsleistungen zu AHV und IV (EL AHV / IV) soll zu Einsparungen von rund 300 Millionen Franken führen. Vorgesehen sind unter anderem Einschränkungen beim Kapitalbezug aus der zweiten Säule, eine Absenkung des Vermögensfreibetrags für die Berechnung des EL-Anspruchs, Anpassungen beim Prämienverbilligungssystem und bei der Berücksichtigung des Erwerbseinkommens von Ehepartnern. Immerhin: Die längst fällige Anpassung bei den anrechenbaren Mietzinsmaxima, die in einer separaten Vorlage hätten behandelt werden sollen, wird neu auch ins Reformpaket aufgenommen.

Parallel zur geplanten EL-Reform wird auch die Sozialhilfe unter Druck gesetzt. Seit die SKOS im Jahre 2015 mit der Revision ihrer Richtlinien die Schleusen geöffnet hat, überbieten sich verschiedene Kantone darin, die Sozialhilfeansätze noch weiter abzusenken. Im Visier stehen vor allem die jungen Erwachsenen. Während die SKOS noch einen Richtsatz von Fr. 789.- für diese BezügerInnengruppe empfohlen hatte, gehen verschiedene Kantone weit darunter: so beispielsweise der Kanton Wallis mit Fr. 500.- oder der Kanton Genf mit 457.-. Der Kanton Neuenburg wiederum erfindet neu eine Altersgrenze für junge Erwachsene von 35 Jahren. Die Sparübungen betreffen allerdings nicht nur die Jungen. Im Kanton Bern stehen eine generelle Absenkung der Sozialhilfeansätze von 10% und weitere Kürzungen zur Debatte. So sollen unter anderem BezügerInnen, welche über ungenügende Sprachkenntnisse verfügen, mit einer Kürzung von 30% sanktioniert werden. Diese letzte Verfügung kommt der Willkür nahe. Solche Kürzungen fördern die Ungleichbehandlung der Sozialhilfeempfangenden in den verschiedenen Kantonen. Dazu kommt, dass etliche Gemeinden gezielt versuchen, Sozialhilfebeziehende aus ihrem Gemeindegebiet zu vertreiben.

Zum Gesamtbild gehört auch die verschärfte Anerkennungspraxis der IV bei der Gewährung von Renten. Dies hat so grosse Ausmasse angenommen, dass heute 13% aller vom Bundesgericht bearbeiteten Fälle verweigerte IV-Leistungen betreffen (Tages-Anzeiger, 12.6.17). Leider wird die IV-Praxis vom Bundesgericht oft gestützt. 2015 hat es abgesegnet, dass Personen mit unspezifisch-chronischen Schmerzen von der IV faktisch ausgeschlossen werden. Das neueste Urteil trifft nun Menschen mit Depressionen: Sie müssen für einen IV-Rentenanspruch nachweisen, dass sie alle therapeutischen Massnahmen ausgeschöpft haben – was kaum je gelingen wird. Die Fälle, in denen solche Praxen zur Verelendung und zur Verschärfung der psychischen Probleme bis hin zu Suiziden führen, haben mittlerweile ein unerträgliches Mass angenommen. Immer mehr ÄrztInnen wehren sich für ihre PatientInnen auch in der Öffentlichkeit, was selbst die NZZ zur Publikation eines langen Artikels veranlasst hat („Endstation Sozialhilfe", 28.6.17).

Bei all den Angriffen auf die Sozialwerke versuchen die linken und fortschrittlichen Kräfte jeweils mit Müh und Not, die Abbauvorhaben zurückzuweisen oder zumindest abzuschwächen. Seit Jahren finden sie deshalb im Bereich der genannten Sozialwerke kaum mehr aus der Defensive heraus. Die Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik schlägt all diesen Kräften nun vor, gemeinsam ein Gegenprojekt zu lancieren: Die garantierte Grundsicherung für alle. Sie sucht dafür gegenwärtig das Gespräch mit federführenden ExponentInnen.

Nach den Vorstellungen der Fachgruppe basiert eine solche Grundsicherung auf den bestehenden Ergänzungsleistungen (EL), die für alle Bedarfssituationen ausgeweitet und damit die monetären Leistungen der Sozialhilfe ersetzen würden. Die Grundsicherung tritt also an die Stelle der heutigen EL und der Sozialhilfe und soll wie die EL bundesweit geregelt sein. Sie soll dadurch auch dem unseligen Sozialhilfewettbewerb nach unten zwischen den Kantonen einen Riegel schieben und die Ungleichbehandlung unter den Gemeinden aufheben.

Am besten würde eine solche Garantierte Grundsicherung mit der Einführung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) verbunden, wie sie das Denknetz seit 2009 vorschlägt. Dadurch liessen sich zum Beispiel wertvolle Synergieeffekte bei der Beratung und Begleitung der Betroffenen erzielen. Die Grundsicherung auf EL-Basis lässt sich aber auch ohne AEV einführen.

Die Garantierte Grundsicherung für alle enthält folgende Elemente:
Wenn das Total der anrechenbaren Einkommen eines Haushaltes die anerkannten Ausgaben nicht deckt, wird das Haushaltseinkommen auf die Höhe einer garantierten Grundsicherung auf dem heutigen Niveau der Ergänzungsleistungen ergänzt, unabhängig vom Grund für das unzureichende Einkommen (Unfall, Behinderung, Erwerbslosigkeit, Krankheit, ungenügende Erwerbseinkünfte etc). Der Anspruch gilt für Menschen ab 26 Jahren und ist für die betroffenen Personen bedingungslos.

Die heutige persönliche Sozialhilfe (Beratung und Begleitung) wird durch eine integrierte Lebens- und Karriereunterstützung abgelöst. Die entsprechenden Integrations- und Beratungsangebote werden auf die Situation und die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt. Es ist auf jede Form von Zwangsarbeit zu verzichten, und alle Formen diesbezüglicher Sanktionen sind abzuschaffen.

Für die berufliche Integration orientiert sich die Grundsicherung am Programm für junge Erwachsene Forjad (formation des jeunes adultes en difficulté) des Kantons Waadt. Dieses sieht nicht nur eine Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfeleistungen vor, es leistet auch eine aktive Unterstützung und Begleitung bei der Lehrstellensuche, während der Berufsausbildung und der anschliessenden Arbeitsplatzsuche. Das Programm wurde kürzlich auch auf die Gruppe der 26 bis 40-jährigen ausgeweitet (Formad), um auch Erwachsenen eine berufliche Neuorientierung zu ermöglichen.

Die Arbeitgebenden werden verpflichtet, eine genügende Anzahl von Arbeitsplätzen für Menschen mit verminderter Leistung oder anderen Einschränkungen zu schaffen. Die Sozialwerke müssen ihnen dabei in Form professioneller Unterstützung, Begleitung und Beratung zukommen lassen.

Neu müssen Ergänzungsleistungen auch dann ausrichtet werden, wenn die LeistungsbezügerInnen in einer Einrichtung des betreuten Wohnens leben. Dies ist heute oft nicht der Fall„ da für die Wohnkosten fixe Obergrenzen gelten. Diese Obergrenzen werden in Einrichtungen des betreuten Wohnens übertroffen, wobei es dabei nicht um Luxus geht, sondern um eine sinnvolle Einrichtung für Menschen, die im Alltag Unterstützung benötigen.

Die aktuelle Abbaupolitik im Sozialbereich bringt die Betroffenen in Bedrängnis. Sie trifft Menschen, die ohnehin schon in einer Notsituation sind, z.B. weil sie krank wurden, von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind oder eine familiäre Krise verarbeiten müssen. Die Denknetz-Fachgruppe hofft, mit ihrem Vorschlag die nötige Wende in den öffentlichen Diskursen und in der Politik auszulösen und damit eine Politik zu stoppen, die die Verelendung von Tausenden von Menschen in Kauf nimmt. *

GLOSSAR

Ergänzungsleistungen EL

BezügerInnen von Invaliden- oder Altersrenten haben Anspruch auf Ergänzungsleistungen, wenn die Summe ihrer Einkommen nicht ausreicht, um ein Leben in Würde führen zu können. Ergänzungsleistungen sind bedarfsorientiert und steuerfinanziert. Ihre Ausbezahlung muss beantragt werden; dabei wird auch das vorhandene Vermögen in Rechnung gestellt. Im Jahr 2016 erhielten 201'100 AHV- und 113'700 IV-RentnerInnen EL. Es erhalten also nur diejenigen Personen EL, die bereits eine IV- oder AHV-Rente erhalten. Ausnahme: In drei Kantonen (Waadt, Tessin und Solothurn) werden Ergänzungsleistungen auch an Haushalte mit Kindern gewährt, die sonst auf Sozialhilfe angewiesen wären; die dabei gültigen Regeln werden von diesen Kantonen in eigener Regie bestimmt.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist als letztes Auffangnetz für all jene konzipiert, die von den vorgelagerten Werken der Sozialen Sicherheit nicht oder ungenügend abgesichert werden. Die Sozialhilfe ist in der Schweiz kantonal geregelt und wird meist auf Gemeindeebene erbracht. Ihre Leistungen liegen tiefer als diejenigen der EL. Wer Anrecht auf EL hat, muss in der Regel deshalb keine Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen. Sozialhilfe für Erwerbsfähige wird mit einem Zwang zur Teilnahme an Integrations- und Arbeitsprojekten verknüpft. Die mittlere Bezugsdauer von Sozialhilfe beträgt 24 Monate. Im Jahr 2015 haben 265'626 Personen wirtschaftliche Sozialhilfe bezogen.

SKOS

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS ist ein privatrechtlicher, nationaler Fachverband für Sozialhilfe. Mitglieder der SKOS sind alle Kantone, viele Gemeinden, verschiedene Bundesämter und private Organisationen des Sozialwesens. Die besondere Bedeutung der SKOS entsteht dadurch, dass für die Sozialhilfe auf Bundesebene keine gesetzliche Grundlage besteht. Die SKOS ist geschaffen worden, um diese Lücke zu füllen. Sie erlässt Richtlinien für die Gewährung von Sozialhilfeleistungen, die von den meisten Kantonen und Gemeinden befolgt werden. Allerdings haben diese Richtlinien keine verbindliche Wirkung, und sie werden seit Neuestem von einzelnen Kantonen zunehmend unterschritten.

Invalidenversicherung IV

Die Invalidenversicherung (IV) kommt zum Tragen, wenn Personen aufgrund von körperlichen und psychischen Behinderungen nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Erwerbseinkommen zu erzielen. Die Leistungen der IV umfassen (1) Integrationsmassnahmen mit dem Ziel einer Eingliederung in den Arbeitsmarkt, (2) Taggelder für eine Phase, in der eine Wiedereingliederung angestrebt wird, (3) Teil- oder Vollrenten für jene, die langfristig ganz oder teilweise erwerbsunfähig sind und (4) weitere Leistungen (Hilfsmittel, Hilflosenentschädigungen und die Übernahme der medizinischen Kosten bei Geburtsgebrechen). Im Jahr 2016 haben 220'600 Personen IV-Renten bezogen; diese Zahl nimmt seit etlichen Jahren kontinuierlich ab. Die Berechnung dieser Renten ist kompliziert, und ihre Gewährung hängt von der Beurteilung der IV-Stellen ab. Die IV-Stellen sind dabei weitgehend frei, auf welcher Basis sie ihre Entscheide fällen, was sehr häufig zu strittigen Entscheiden führt.

GLOSSAR

Arbeitslosenversicherung ALV

Die Arbeitslosenversicherung kommt bei einem Stellenverlust oder einer erfolglosen Stellensuche nach Ende der Ausbildung zum Tragen. Die ALV richtet Taggelder aus, die sich am letzten erzielten Verdienst orientieren und nach oben plafoniert sind. Die Taggelder sind je nach Alter und Beitragszeit zeitlich auf 90 bis max. 640 Tage begrenzt, und ihre Auszahlung ist mit der Forderung nach aktiver Stellensuche verknüpft. Nach Ende der Beitragszeit muss die Existenz aus Ersparnissen bestritten werden; sind diese aufgebraucht, kann Sozialhilfe in Anspruch genommen werden. Im Mai 2017 waren in der Schweiz 139'778 Personen als arbeitslos im Sinne der ALV registriert (aus der Statisik fallen all jene Leute heraus, die bei der ALV nicht mehr bezugsberechtigt sind oder sich gar nie bei der ALV gemeldet haben). Diese Zahl schwankt je nach Wirtschaftskonjunktur wesentlich stärker als die Bezugsgruppen der anderen Sozialwerke.

Unfallversicherung UV

In der Schweiz sind alle Arbeitnehmenden obligatorisch gegen die Folgen eines Betriebs-Unfalls und gegen Berufskrankheiten versichert. Sie erhalten ab dem 3. Tag nach dem Unfall ein Taggeld von 80 Prozent des Lohns. Die Unfallversicherung übernimmt auch die Heilkosten, solange Aussicht auf eine vollständige Heilung besteht (andernfalls kommt die IV ins Spiel). Die Beschäftigten in industriellen und gewerblichen Betrieben sind obligatorisch in der öffentlich-rechtlichen SUVA versichert, die paritätisch von VertreterInnen der Behörden, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geführt wird. Die UV ist die am besten ausgestattete Sozialversicherung.

Allgemeine Erwerbsversicherung AEV

Im Jahr 2009 veröffentlichte das Denknetz einen umfassenden Reformvorschlag. Sämtliche Sozialwerke, die während der Erwerbsphase zum Tragen kommen, sollen in eine einzige Allgemeine Erwerbsversicherung zusammengefasst werden (also die IV, die ALV, die UV, die Versicherungen bei Mutterschaft und Militärdienst, die Sozialhilfe und die EL). Dadurch können wichtige Synergieeffekte erzielt und bestehende Lücken (Krankheit!) gefüllt werden. Die Leistungen sollen erheblich verbessert und um die Bestandteile der Grundsicherung ergänzt werden, wie sie im Hauptartikel erläutert werden. Schliesslich soll vermieden werden, dass Leute zwischen Stuhl und Bank fallen: Die verschiedenen Versicherungen neigen dazu, die Leistungsansprüche abzuwehren mit der Begründung, eine andere Versicherung sei zuständig; die Betroffenen sind dann dem Zuständigkeitsgerangel oft während Jahren ausgeliefert.
Mehr zur AEV findet sich auf der Homepage des Denknetzes und im Denknetz-Buch „Die grosse Reform: Die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV" (2009).

Mosaik-BGE

Das Mosaik-BGE ist ebenfalls ein Reformvorschlag des Denknetzes. Sein Ziel: Die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in einer Weise umzusetzen, bei der die gesamte Bevölkerung profitieren kann. Das Mosaik-BGE umfasst zwei Kernbausteine: Die AEV inklusive der Grundsicherung für alle, sowie ein bedingungsloses Sabbatical für alle von drei Jahren (BSA). Das Denknetz hat dazu ein 2015 das Buch „Würde, bedingungslos" publiziert.

Garantierte Grundsicherung für alle

Die Garantierte Grundsicherung entspricht einer Ausweitung der heutigen Ergänzungsleistungen auf alle Personen, deren Einkommen nicht zur Bestreitung einer würdigen Existenz ausreicht. Neben finanziellen Leistungen soll sie eine integrierte Lebens- und Karriereunterstützung anbieten. Mit der Grundsicherung würde die heutige Sozialhilfe abgelöst. Mehr Details dazu im Haupttext.

Chemo-Salat

Anmerkung
In der Rubrik Zurechtrücken“ beleuchten wir absurde Begriffe und Denkfiguren, mit denen die Welt auf den Kopf gestellt wird und die sich trotzdem (oder vielleicht gerade deswegen) im allgemeinen Sprachgebrauch halten. Diese Begriffe rücken wir hier zurecht. Denn auch wenn viele behaupten, Kuhdung sei Gold, so bleibt Kuhdung dennoch Kuhdung.

Sie stehen vor dem Gemüseregal im Geschäft. Links der Bio-Salat, merkbar teurer als rechts der … ja was eigentlich? Der Un-Bio-Salat? Die simple Frage, wie denn der Nicht-Bio-Salat benannt werden soll, macht deutlich, in welche absurde Lage uns das ganze Bio-Marketing gebracht hat. Natürlich gibt es keinen Un-Bio-Salat – alle Salate sind biologisch und basieren auf den Gegebenheiten der Natur. Die Salate unterscheiden sich vielmehr dadurch, was sonst noch alles drin und dran ist - z.B. Insektizide und Fungizide. Normalerweise wird ein Gegenstand abweichend benannt, wenn er sich vom Original unterscheidet. Wir haben zum Beispiel Pommes Chips, und dann gibt’s Paprika Pommes Chips, Kräuter Pommes Chips, Essig Pommes Chips und dergleichen mehr. Bei Bio ist das genau umgekehrt: Das Original hat den Zusatz Bio erhalten, und dadurch wird das Andere zur Normalität verklärt. Das ist pervers, weil es jahrhundertelang gar nichts anderes als„Bio“-Salat gegeben hat, bevor er mit Kunstdüngern, chemischen Unkrautvertilgern und Schädlingsbekämpfern behandelt wurde. Und der neue „normale“ Salat ist alles andere als normal: Diese Behandlungen haben sich längst als äusserst problematisch für die Natur und für die KonsumentInnen erwiesen. Das gehört also dringend zurechtgerückt. Der „normale“ Salat soll künftig heissen, was er ist: Ein Chemo-Salat.

In den Anfangszeiten der Ökobewegung waren die Labels eine tolle Sache. Sie haben den ökonomischen Raum geöffnet, um auf Chemo verzichten zu können. Doch nach der Pionierphase hätte eine Wende kommen müssen: Bio hätte normal werden müssen, Chemo hingegen verteuert, verpönt und verbannt. Mit dem Katalysator in den Autos zum Beispiel hat das geklappt: Ohne Katalysator geht seit 30 Jahren nichts mehr. Doch statt dieser Wende wurde Bio zur Edel-Marktnische für das Segment der ‚Ökofreaks‘ und der gesundheitsbewussten KonsumentInnen. Seit dreissig Jahren knüpft man uns mehr Geld ab, wenn wir Bio-Lebensmittel einkaufen. Und dies, obwohl wir damit die Natur und unsere Gesundheit schützen, also der Allgemeinheit Kosten ersparen. Richtigerweise müssten natürlich die Chemo-Lebensmittel teurer sein, weil sie schädigend sind. Damit würde die volle Kostenwahrheit abgebildet, bei der nicht nur die Produktionskosten, sondern alle Folge-Kosten eingerechnet sind. So aber profitieren die Produzenten des umweltschädlichen Chemo-Mainsteams froh und munter weiter. Für die Natur und für die Gesundheit vieler Menschen ist das die Fortsetzung der Katastrophe.

Ähnliches ist der Fall bei den Labels für Fairness und soziale Gerechtigkeit. Warum heissen Jeans, deren Produktion auf ausbeuterischen Verhältnissen basiert, nicht „Ausbeutungs-Jeans“? Und warum nennen wir die Mobiltelefone mit dem Kobalt aus der Todeszone des Kongo, einer Gegend, die seit Jahrzehnten von Kriegen um die Rohstoffe verwüstet wird, nicht „Blut-Handy“? OK, das nachhaltig bewirtschaftete Holz möge das FSC-Label behalten – das andere Holz aber müssen wir Raubbau-Holz nennen. Tun wir dies nicht, werden Ausbeutung, Raub und Unterdrückung zur akzeptablen Normalität. Ein paar Gutmenschen mögen Labels machen und Nischen bedienen – das besänftigt die‚Opposition‘. Die Leute können sich gegen Aufpreis ein gutes Gewissen kaufen. Im Wesentlichen aber läuft alles weiter wie bisher.

Was tun? Wir sollten dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit und Ethik zum Fundament des Normalen werden. Normal ist der Bio-Salat, das Fairtrade-Hemd, die auf Langlebigkeit designte Bohrmaschine. Abweichungen davon müssen benannt werden: Chemo-Salat, Fungizid-Rüebli, Raub-Holz, Blut-Handy, Unterdrückungs-T-Shirt, Todes-Diamant, Ausbeutungs-Jeans, Obsoleszenz-Waschmaschine. Damit werden die Verhältnisse transparent, die wir nicht dulden wollen und dürfen. Die Abweichungen müssen zudem teurer werden, oder besser noch: eliminiert werden. Diese Wende muss kommen: Bio und Fair sind der einzige nachhaltige Mainstream.

PS. Eines Tages taucht eine Chemo-Salat-Guerilla auf: Leute, die die Preisschilder in „ihrer Migros“ und im „coop für mich und dich“ so korrigieren, dass das Ab-Normale seinen passenden Namen erhält. Soll es übrigens schon gegeben haben. *

Die neuste Denknetz-Gruppe

Das Denknetz U-35

Von Simon Rutz

Das Denknetz U-35 ist die jüngste Gruppe der Denknetz Familie. Dies im doppelten Sinn. Es gibt uns seit eineinhalb Jahren – und das U-35 deutet es an: Wir sind alle unter 35 Jahren. Doch wer ist wir? Das sind Simon Rutz, Tamara Funiciello, Christian Gross, Luzian Franzini, Nina Hüsser, Moira Pinkus, Lena Frank, Michael Wepf, Giona Rinaldi, Marina Waibel, Ronja Jansen und Raffaela Hanauer. Einige haben einen aktivistischen Hintergrund, andere einen akademischen. Neben dem Kern gibt es ein interessiertes Umfeld, das punktuell in Arbeitsgruppen mitarbeitet. Und wir greifen natürlich auf den Fundus des Denknetzes und der darin mitwirkenden Leute zu.

Was uns eint, ist die Überzeugung, dass es die Linke - neben einer starken und aktiven Organisierung - nicht verpassen darf, ihr Tun und Handeln, ihre Konzepte und Ideen zu reflektieren. Denn erst durch die selbstkritische Auseinandersetzung können wir den Boden legen und die Konsistenz für langfristige Politik schaffen, die nicht als Nebelpetarde verraucht.

Das Denknetz U-35 hat sich zwei Ziele gesetzt. Wir wollen zur Bildung innerhalb der jungen Linken beitragen. Dafür veranstalten wir öffentliche Tagungen und Diskussionskreise oder produzieren Texte und Videos zu grundlegenden und aktuellen Fragestellungen. Gleichzeitig verfolgen wir das Ziel, innerhalb der U-35 Gruppe zu den jeweiligen Themen einen Grundkonsens herzustellen, mit dem – selbstredend nicht immer leichten – Anspruch, Politik wirksam zurück in die Verbände und Parteien zu tragen.

Im nächsten Halbjahr befassen wir uns mit dem Thema Wirtschaftsdemokratie. Dafür werden wir gemeinsam Thesen entwickeln und eine Tagung organisieren. Diese findet im Dezember 2017 in Basel statt. Aktuelle Informationen werden zu gegebener Zeit auf der Denknetz-Homepage aufgeschaltet. *

Kontakt: u-35@denknetz.ch

Thesen

Kapitalismus versus Klima

Von Denknetz U-35

Am 8. Juli trafen sich 25 junge Menschen in Zürich zu einer Tagung zum Thema Kapitalismus versus Klima. Die meisten von ihnen haben einen Hintergrund bei den Jungen Grünen, der Juso und der Gewerkschaftsjugend. Die Video-Aufzeichnung von Dr. Basil Oberholzer's Vortrag kann auf der Denknetz-Homepage nachgesehen werden. Nachstehend die Thesen der Denknetz U-35 Gruppe, die von Simon Rutz, Luzian Franzini und Christian Gross zur Diskussion gestellt worden sind:

1. Die Rechte leugnet den Klimawandel, weil sie weiss, dass es nur kollektive Lösungen geben kann

Auch in der Schweiz wird von rechtsnationalen Kreisen die Klimaerwärmung verharmlost bis geleugnet. Dies tun sie deswegen, weil sie wissen, dass nur Staaten und die Gesellschaft als Ganzes fähig sind, die Umweltzerstörung zu beenden. Sie fürchten sich vor „Interventionismus" und „Planwirtschaft". Übersetzt: Sie fürchten sich davor, dass sie in ihrer neoliberalen Freiheit eingeschränkt werden, jeden und alles ausbeuten zu können, soweit es ihr Portemonnaie zulässt. Auf der ideologischen Ebene ist der Neoliberalismus in der Klimafrage am verwundbarsten – wie soll es auch einleuchten, dass „jeder seines Glückes Schmied ist" und „no such thing as society" existiert, wenn klar ist, dass alle Menschen Lebensqualität aufgrund des Klimawandels verlieren?

2. Klimawandel als Door-Opener für linke Politik

Die Menschheit steht vor der gewaltigen Herausforderung, die für uns zerstörerische Klimaerwärmung zu stoppen. Doch, wie so oft in der Geschichte, kann gerade aus diesem schlechten Ereignis das positive folgen. Die Linke darf es nicht verpassen aufzuzeigen, dass ihre Lösungen die richtigen sind, um den Klimawandel zu stoppen und ein besseres Leben für alle zu erreichen: Bedarfsorientiertes Wirtschaften, soziale und genossenschaftliche Wohnformen, ein gut ausgebauter ÖV und Service Public vor Ort, gepaart mit einer Gesellschaft, in der aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen Zeit bleibt, um Beziehungen, Bildung und Kultur zu pflegen. Es mag sein, dass gewisse verschwenderische Lebensstile eingeschränkt werden müssen. Ist jedoch der Preis, den wir alle gewinnen, nicht um ein ungleiches höher?

3. Der globale Süden ist überproportional vom Klimawandel betroffen, ohne für ihn verantwortlich zu sein

Der Klimawandel ist massgeblich durch Nebenprodukte der Industrialisierung entstanden. So durch das berühmte Kohlenstoffdioxid (CO_2), das bei Verbrennungsreaktionen entsteht. Diese Reaktion ist es, die - seit der Dampfmaschine bis zum heutigen Flugzeugverkehr - das Herzstück der Industrialisierung bildet. Die Industrialisierung fand bekanntlich im globalen Norden statt, welcher übermässig von ihren Früchten profitiert. Zynischerweise werden die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika und Asien durch Dürren und Überschwemmungen noch stärker in ihren Subsistenz-Wirtschaften eingeschränkt. Klimaschutz kann und darf nicht auf Kosten der wirtschaftlich Schwächsten gehen. Im Gegenteil sollen diese Länder auf ein menschenwürdiges Wohlstandsniveau gehoben werden, was insbesondere die Versorgung mit sauberem Wasser, Nahrung, Kanalisation, Elektrizität und Kommunikationsmittel betrifft. Der Klimawandel muss als Chance genutzt werden, um fortschrittliche und ressourcenschonende Technologie gerade in diesen Ländern umzusetzen.

4. Der Klimawandel nährt globale Konflikte und treibt Menschen in die Flucht

Sei es im Jordantal oder in der Region um den Euphrat in Syrien: Der durch den Klimawandel mitverursachte Wassermangel nährt und treibt Krieg und Terror an. Besonders Dürren und Missernten destabilisieren (bereits instabile) Regionen weiter und „prekarisieren" ganze Bevölkerungsschich-

ten. Diverse Studien bestätigen, dass Abweichungen von normalen Niederschlägen und erhöhte Temperaturen systematisch die Gefahr von Konflikten erhöhen. Durch den Klimawandel werden auch Menschen in die Flucht getrieben. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass im Jahr 2050 bis zu 200 Millionen Menschen aufgrund klimatischer Veränderungen auf der Flucht sein werden.

Die Eindämmung des Klimawandels und eine ökologische Transformation der Wirtschaft bekämpft die Ursachen von Krieg und Flucht und ist für eine solidarische und pazifistische Politik unentbehrlich.

5. Deregulierte Märkte sind unfähig nachhaltig zu wirtschaften

Für Märkte gibt es nur ein Prinzip: Angebot und Nachfrage. Zu welchem Preis kaufst du mein Produkt? Es geht nicht darum ein gutes, langlebiges Produkt herzustellen – notabene in würdigen Arbeitsprozessen – sondern es interessiert nur der Erlös. Jegliches Bedürfnis ohne Geld ist vom Reich der Konsumtionsfreiheit ausgeschlossen. Auch wenn dringende Nachfrage herrscht, etwa nach Nahrung oder sauberer Luft: Für den Markt existiert das Bedürfnis nicht. Es braucht Korrekturmassnahmen, die jedem Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Dabei ist es das Normalste der Welt, dass jene, welche den gemeinsam erarbeiteten Reichtum privatisiert haben, für die Sozial- und Umweltkosten aufkommen, da gerade sie von einer stabilen Gesellschaft profitieren.

6. Mehr Kapitalwachstum löst den Klimawandel nicht: Suffizienz und qualitatives Wachstum müssen unser Ziel sein

Wir verbrauchen zu viel und die falschen Rohstoffe. Es ist nichts davon zu halten, dass ausgerechnet mehr Kapitalwachstum das Klimaproblem lösen soll, weil ganz automatisch durch die unsichtbare Hand des Marktes die erneuerbaren Energien sich durchsetzen würden. Nicht auf das abstrakte Kapitalwachstum kommt es an, sondern auf qualitatives Wachstum: Wir brauchen nicht einfach mehr Autos, mehr Plastik und mehr Wegwerfkleidung. Jedes Bedürfnis hat sein Mass in sich. Es ist sich also zu fragen, was konkret für ein gutes Leben wachsen soll und wie viel Zeit und Geld wir als Gesellschaft in die Produktion des jeweiligen Gutes investieren möchten.

7. Gebote und Verbote wirken, freiwillige Lösungen der Industrie nicht

Obwohl das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) in der Produktion massgeblich dazu beitrug, dass das Loch in der schützenden Ozonschicht sich langsam wieder schliesst und obwohl das Gebot, dass allen Autos obligatorisch einen Katalysator eingebaut werden muss, zu einer erheblichen Verbesserung der Luftqualität führte, geniessen gesetzliche Regulierungen für den Umweltschutz einen schlechten Ruf. Anstatt dessen werden „freiwillige Lösungen" der Industrie favorisiert. Jedoch wird der überwiegende Teil der Marktakteure niemals sich selbst in der Konkurrenz der Unternehmen schwächen, in dem sie ihre Produkte zu ihrem finanziellen Nachteil umweltgerechter herstellen. Dies liegt schlicht nicht in ihrem Partikularinteresse. Dementsprechend zahnlos sind die freiwilligen Abmachungen, bei deren Verletzung ausser einem Marketingschaden keine Strafe droht. Es gibt einzelne Unternehmen, die mit gutem Beispiel voran gehen, diese bleiben jedoch Nischenanbieter, solange nur ein kleiner Teil der Käuferschaft sich ihre Produkte leisten kann. Die besten Umweltpraxen müssen deswegen verbindlich für alle Produzenten geregelt und durchgesetzt werden, so dass die beste Praxis für alle gilt und sich Trittbrettfahrer nicht bereichern können.

8. Ausstieg aus dem Konsumismus

Menge und Art der gegenwärtig produzierten Güter sind nicht auf eine nachhaltige Nutzung der Umwelt abgestimmt. Die Märkte der hochentwickelten Länder werden mit einer Flut von billigen Waren überschwemmt, die nur so günstig sind, weil die Löhne in Ländern wie China viel tiefer sind als hierzulande. Gleichzeitig wird für die kaufkräftigen Schichten der entwickelten Länder der Akt des Konsumierens immer wichtiger, während die realen Lebensumstände mehr und mehr vom Strampeln nach beruflichem Erfolg geprägt sind. Der Konsum wird zur Sphäre von Ersatzbefriedigungen, die Konsumfreiheit wird zur zentralen Form von Freiheit überhaupt. Dieser Konsumismus muss auf mehreren Ebenen überwunden werden. Der Druck und die Belastung in der Arbeitswelt müssen gesenkt werden. Die realen Arbeitszeiten, seit rund dreissig Jahren im Steigen begriffen, müssen wieder deutlich sinken. Dadurch gewinnen die Leute Freiräume, in denen sie Bedürfnissen Raum geben können, die nicht vom Konsum von materiellen Gütern und Statussymbolen abhängen, wie zum Beispiel die Pflege von persönlichen Beziehungen, die berufliche und kulturelle Bildung, die Teilnahme am Kulturgeschehen, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Parallel dazu sind die personenbezogenen öffentlichen Dienste auszubauen und der gesamten Bevölkerung in hoher Qualität verfügbar zu halten: Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, familienergänzende Kinderbetreuung, kulturelle Angebote. *

Care-Arbeiterinnen werden im Stich gelassen

Der Bundesrat stiehlt sich aus der Verantwortung

Von der Denknetz-Fachgruppe Prekarität

Wie sollen Frauen, die in der Schweiz in Privathaushalten Betagte betreuen, besser geschützt werden? Anstatt die bestehenden Gesetzeslücken zu schliessen, will der Bundesrat die Verantwortung an die Kantone abschieben. Tausende von Arbeitnehmerinnen in Privathaushalten – darunter viele Pendelmigrantinnen – werden damit weiterhin im Stich gelassen. Die Denknetz-Arbeitsgruppe Prekarität fordert vom Bund für die betroffenen Frauen verpflichtende gesetzliche Vorgaben für Ruhezeiten und eine faire Entschädigung der Präsenzzeiten.

Die Hoffnung war gross. Auf Druck eines 2012 überwiesenen Postulats und der 2014 erfolgten Ratifizierung der ILO-Konvention 189 zum Schutz von Hausangestellten war der Bundesrat gewillt, die Arbeitssituationen von migrantischen Betreuerinnen in Privathaushalten genauer unter die Lupe zu nehmen. In einem Bericht hielt der Bundesrat im April 2015 fest, dass die Arbeitsbedingungen von Pendelmigrantinnen, die heute oft täglich während 24 Stunden über mehrere Wochen in Privathaushalten Betagte betreuen, verbessert werden müssten. Nach langem Verfahren setzt der Bundesrat in seiner Schlussfolgerung im Juni 2017 nun aber auf eine Pseudo-Lösung.

Die Kantone sollen bis Mitte 2018 ein Modell für die kantonalen Normalarbeitsverträge (NAV) erarbeiten, welche minimale Vorgaben für die Anrechnung der Präsenzzeit in Abhängigkeit des Betreuungsbedarfes der Klientinnen und Klienten machen. Ausserdem sollen sie Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitskräfte, Klientinnen und Klienten und Angehörige bereitstellen. Allerdings: Die kantonalen NAVs sind gesetzlich nicht verbindlich und gelten nur, wenn keine anderweitigen Vereinbarungen zwischen dem/der ArbeitgeberIn und der Arbeitnehmerin getroffen werden. Arbeitgebende können folglich weiterhin nach Belieben davon abweichen und in ihren Verträgen schlechtere Bedingungen festhalten. Damit bleibt die vom Bundesrat angestrebte Bezahlung der Präsenzzeit unverbindlich.

Auch löst der Bundesrat die drängende Frage der Ruhezeiten nicht. Die Betreuerinnen leisten faktisch oft alleine 24h-Betreuung über Wochen bis Monate. Solche Arbeitsbedingungen sind gesundheitsschädigend und verletzen den Persönlichkeitsschutz. Zu Recht hatte der Bundesrat in seinem Bericht 2015 das deutliche Fazit gezogen, dass eine 24-Stunden-Betreuung durch nur eine Person in Zukunft nicht mehr möglich sein soll.

Der Bundesrat will sicherstellen, dass Care-Arbeiterinnen, KlientInnen und deren Angehörige Zugang zu Informationen über ihre jeweiligen Rechte und Pflichten haben. Das ist grundsätzlich begrüssenswert. Nur: Was nützt es, Care-Arbeiterinnen über ihre Rechte zu informieren, wenn diese nicht genügend Schutz bieten? Werden die Regeln nur in unverbindlichen kantonalen Normalarbeitsverträgen festgehalten, widerspricht dies auch dem internationalen Recht der ILO-Konvention zum Schutz von Hausangestellten. Wir meinen: Die Unterstellung der Privathaushalte unter das Arbeitsgesetz ist die einzige taugliche Lösung. Sie garantiert, dass bezahlte Betreuungsarbeit im Privathaushalt endlich als vollwertige Arbeit anerkannt und wie jede andere Erwerbstätigkeit rechtlich abgesichert und geschützt wird. Die Denknetz-Arbeitsgruppe Prekarität fordert den Bundesrat auf, die eklatanten Regulierungslücken bei der Betreuungsarbeit im Privathaushalt endlich zu schliessen. *

Die Denknetz-Fachgruppe Prekarität engagiert sich seit vielen Jahren für eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in privaten Haushalten. Die Gewerkschaften VPOD und Unia haben sich dieser Anliegen angenommen und schon wesentliche Verbesserungen erreicht. Doch nun droht ein Rückschlag (siehe Haupttext).

prekaritaet@denknetz.ch

LUEG ZERSCH BIM DÄNKNETZ

Wir haben die Denknetz-Site in ein neues Gewand gekleidet. Herausragend: Die Denknetz-Bibliothek mit über 500 Fachartikeln, Audio- und Videobeiträgen zu einer breiten Palette von Themen. Dazu kommen die 25 „Diskurs"- Ausgaben. In jedem Diskurs sind zu einem Thema kommentierte Links und Hinweise versammelt, insgesamt bereits zu rund 2000 Texten, Büchern und Fachbeiträgen.

Auf der Suche nach interessanten Texten zu deinem Thema? Dänn lueg zersch bim Dänknetz:
www.denknetz.ch

Neu auf der Site
Stephan Bernard, Viktor Györffy, Philippe Koch, Magda Zihlmann: **Die Dialektik von Grundrechten und Demokratie** (Juli 2017). Ein Grundlagenpapier zur Aktualität der Grundrechte und zu einer emanzipatorischen Grundrechtsperspektive.

Denknetz-Themenreihe

Vier Grundfragen emanzipatorischer Politik

Linke Politik ist emanzipatorische Politik und orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität und an der partizipativen Demokratie. Die Frage nach politischer Emanzipation hat schon Marx 1843 gestellt. Er meinte: „Wir müssen uns selbst emanzipieren, ehe wir andere emanzipieren können". Doch dies ist bis heute nicht geschehen: Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung halten sich hartnäckig und nehmen teilweise noch zu.

Das stellt uns vor einige Grundfragen:
Analysieren wir die bestehenden Verhältnisse genau genug? Welche gesellschaftlichen Alternativen dazu gibt es? Wie funktionieren Herrschaftsverhältnisse und wie beeinflussen Herrschende das Denken der Beherrschten? Welches sind die konkreten Hebel der Veränderung: Bewegungen, Streiks, Wahlen, Selbstorganisation, Alternativen von unten, Bildung? Wie werden diese Fragen innerhalb der Linken diskutiert?

Zu diesen Fragen organisiert das Denknetz an vier Abenden eine Themenreihe mit Einführungsreferaten und offener Diskussion.

1. Abend: Das Problem

Klimawandel, Ausbeutung, wachsende Ungleichheit, Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Kriege, Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Wirtschaftskrisen, Überwachungsstaat: Immer mehr Menschen realisieren, dass viele dieser Fehlentwicklungen miteinander verknüpft sind und dass die globale Entwicklung in eine falsche, ja verhängnisvolle Richtung treibt. Was sind die Kräfte hinter dieser Entwicklung – und wie kommen wir da heraus?

2. Abend: Lösungen

Sozialismus, starke Demokratie, Care-Gesellschaft, universelle Menschenrechte: Wie sehen Alternativen zu Kapitalismus, Ausbeutung und Ökonomisierung aus? Wie hängt dabei unser alltägliches Leben mit dem gesellschaftlichen Ganzen zusammen? Was braucht es, damit Menschen ihre Potenziale besser zur Entfaltung bringen? Wie kommen wir dahin: Reform, Transformation, Revolution?

3. Abend: Das Denken und Wollen

Paradigmen, Sprache, Denken: Wie funktionieren politische Dominanz und Hegemonie? Wer entwickelt Theorien und wie kommen diese zu den Menschen? Wie kommt es zu Brüchen im bestehenden Herrschaftsgefüge? Wer (Intellektuelle, Schichten, Klassen) bringt neue Lösungen hervor?

4. Abend: Das Handeln

Bewegungen, Streiks, Wahlen, Selbstorganisation, Alternativen von unten, Bildung: Welches sind die konkreten Hebel der Veränderung und wie weit reichen sie? Welche Formen der Organisation dienen welchen Zielen (Parteien, Thinktanks, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, basisdemokratische Bewegungen)? Wie verhindern wir, dass bestehende Machtstrukturen uns vereinnahmen, ohne dass wir uns dabei zu einer Sekte abkapseln? Was vermag das Denknetz, und was nicht?

Referent | Beat Ringger
geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes, ehem. Zentralsekretär der Gewerkschaft VPOD und Autor des Buches „Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus"

Wann und Wo?

Mittwoch | 18. Oktober 2017
Das Problem

Montag | 30. Oktober 2017
Mögliche Lösungen

Mittwoch | 22. November 2017
Das Denken und Wollen

Montag | 11. Dezember 2017
Das Handeln

jeweils von 18.35 h – 20.50 h in Olten
(5 Fussminuten vom Bahnhof)

Unkostenbeitrag für alle vier Abende
CHF 40.- Normalverdienende
CHF 10.- für Gering- oder Nichtverdienende

Anmeldung per Mail
unter Angabe
von Name und Wohnadresse an
vier-fragen@denknetz.ch

Die Platzzahl ist beschränkt.
Wir bitten die Teilnehmenden an möglichst allen, mindestens aber an drei Abenden dabei zu sein.

www.denknetz.ch
DAS DENKNETZ

VERANSTALTUNGSKALENDER

Tagung Demokratie und Sozialismus: 100 Jahre Russische Revolution

Freitag 10.11.2017, 18.30 h - 21.30 h
Samstag 11.11.2017, 10.15 h -17.15 h
Hotel Bern, Bern, Zeughausgasse 9

Tagungsbeitrag
(inklusive Mineralwasser und Lunch am Samstagmittag):
CHF 120.- | Denknetz-Mitglieder CHF 80.-
Gering- und Nichtverdienende CHF 40.-
Anmeldung per Mail: **tagung@denknetz.ch**

Technisierte Gesellschaft: Die Jahrbuch-Vernissagen

13.11.2017 | Hochschule Luzern | Department Wirtschaft
Zentralstrasse 9 | 19.00 h -21.00 h
Welche Jobs und Berufe wird die Digitalisierung schaffen?
ReferentInnen: Prof. Ute Klotz, Sheron Baumann
(beide FH Luzern) | Moderation: Hans Baumann

20.11.2017 | Gewerkschaftshaus Basel
Rebgasse 1 | 19.00 h-21.00 h
Digitale Prekarisierung, Arbeitsrecht und digitaler Gendergraben
ReferentInnen: Natalie Imboden (Sektorleitung Tertiär, Unia),
Christine Michel (Fachsekretärin für Gesundheitsschutz, Unia),
Prof. Kurt Pärli (Juristische Fakultät Uni Basel)
Moderation: Holger Schatz

28.11.2017 | Hotel Bern
Zeughausgasse 9 | 19.00 h-21.00 h
Digitalisierung, globale Krise und Klassenverhältnisse
Referenten: Roland Herzog (Ökonom, Jahrbuch-Redaktion)
Hans Schäppi (Historiker, Präsident Solifonds)
Moderation: Martin Gallusser

4.12.2017 | Volkshaus Zürich
Helvetiaplatz | 19.00 h-21.00 h
Digitale Demokratie oder Digitaler Totalitarismus?
ReferentInnen: Adrienne Fichter (Autorin von „Die Smartphone-Demokratie") | Beat Ringger (geschäftsleitender Sekretär Denknetz)
Moderation: Holger Schatz

7.12.2017 | L'Espace Dickens Lausanne
Dickens 4 | 19.00 h- 21.00 h
Technik, Emanzipation und Krise
Refereten: Daniel de Roulet (freier Autor)
Beat Ringger, (geschäftsleitender Sekretär Denknetz)
Moderation: Véréna Keller

Eintritt frei

Vier Abende zu vier Grundfragen emanzipatorischer Politik

Mittwoch | 18. Oktober 2017 | Das Problem
Montag | 30. Oktober 2017 | Mögliche Lösungen
Mittwoch | 22. November 2017 | Das Denken und Wollen
Montag | 11. Dezember 2017 | Das Handeln

jeweils von **18.35 h-20.50 h in Olten**
(5 Fussminuten vom Bahnhof).

Referent: **Beat Ringger** (geschäftsleitender Sekretär des Denknetz)

Unkostenbeitrag für alle vier Abende:
CHF 40.- für Normalverdienende
CHF 10.- für Gering- oder Nichtverdienende

Anmeldung per Mail unter Angabe von Name/Wohnadresse an
vier-fragen@denknetz.ch

Die Platzzahl ist beschränkt.

Ich werde Denknetz-Mitglied und erhalte das aktuelle Jahrbuch als Willkommensgeschenk.*

Ich bin interessiert, im Denknetz mitzuwirken. Nehmt mit mir Kontakt auf.

Bitte schickt mir ____ **Exemplare dieser Zeitung zum Verteilen.**

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Denknetz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

www.denknetz.ch

Einsenden an: **Denknetz, Postfach, 8036 Zürich** oder ein E-Mail mit obigen Angaben senden an **info@denknetz.ch**

* Der Mitglieder-Jahresbeitrag beim Denknetz beträgt CHF 100.- für Normal- und CHF 40.- für Gering-/Nichtverdienende. Denknetz-Mitglieder erhalten alle Denknetz-Bücher und alle weiteren Publikationen kostenlos nach Hause geschickt.

Impressum: Denknetz, Postfach, CH-8036 Zürich. **www.denknetz.ch, info@denknetz.ch, suisseromande@denknetz.ch** | Halbjahreszeitung des Denknetz Schweiz. Erscheint im Frühjahr und Herbst. Presserechtlich verantwortlich: Beat Ringger | Produktion: Simon Rutz. | Layout/Illustrationen: www.zersetzer.com III III freie grafik. Druck: Ringier Print Adligenswil AG